Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 500.— Mark.

Bezugspreis: Durch Austräger 1600.— Mk. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mk. pro Monat und Gutschrift des Differenzbetrages für Monat Juli. — Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 50 Postscheckkonto: Breslau Nr. 810 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837

Einzelnummer 250 Mk.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 141. | Mittwoch, den 20. Juni 1923. | 5. Jahrgang.

Die Arbeiterschaft muß kämpfen!

Urabstimmung der Gemeindearbeiter / Ungenügende Lohnerhöhungen überall / Die Hölle der preußischen Justiz

Eine ungeheure Teuerungswelle überflutet aufs neue Deutschland, die das deutsche Proletariat in den Abgrund des Hungers und der Verelendung reißt.

Der Dollar, der am 1. Juni noch mit 60 000 notiert wurde, hat gestern die Höhe von 175 000 erreicht. Reichsbank und Regierung sind aufs neue am Werk, eine gewaltige Schwindelaktion einer neuen Markstützung einzuleiten. Dies alles dient natürlich nur dazu, die Arbeiterschaft vorläufig ruhig zu halten, sie davon abzuhalten, den einzigen Rettungsweg, der ihr in dieser Katastrophe noch bleibt, zu beschreiten. Diese Maßnahmen, die unterstützt werden vom ADGB. sollen die sich bildende Einheitsfront des Proletariats zur **Erkämpfung der Reichsarbeiterregierung, der Erfassung der Sachwerte, der Kontrolle der Börsen, Banken und der Produktion** aufhalten.

Aber gegen die gewaltige Teuerung sind die minimalen Lohnzugeständnissen ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die **Berliner Großindustriellen** waren so großmütig, bei den Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband rückwirkende Löhne durchzuführen, und zwar sollen die Stundenlöhne betragen für die 1. Juniwoche 3100 Mark, für die zweite Juniwoche 4000 Mark, für die 3. Juniwoche 4500 Mark, in der vierten Juniwoche 6500 Mark. Zugleich sind die Verhandlungen über die Staatsarbeiterlöhne zum Abschluß gekommen, die eine Erhöhung von 100 Prozent vorsehen.

Aber dieser Lohnerhöhung von 100 Prozent steht gegenüber eine Tariferhöhung der Eisenbahn von 300 Prozent. Und wenn man bedenkt, daß vom heutigen Tage ab das Vierpfundbrot in Breslau 8200 Mark kosten wird und in wenigen Tagen bereits neue Erhöhungen bevorstehen, so wird der Arbeiterschaft klar, daß Lohnerhöhungen ohne Sicherung der Wertbeständigkeit die Arbeiterschaft immer mehr zurückwirft. Auch die vom ADGB. mit der Reichsregierung getroffene Vereinbarung der Zusicherung eines Mindestlohnes kann nur dann Wert haben, wenn dieser Mindestlohn festgesetzt wird auf der **Grundlage der Friedensreallöhne.** Aber das würde für die Gewerkschaften einen Kampf auf Leben und Tod bedeuten, bei dem die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum in die Brüche gehen würde. So pflegen sie neue Illusionen über Markstützung und wenden sich scharf gegen **den Aufruf der Berliner Arbeiterschaft**, der die internationale proletarische Einheitsfront fordert.

Die Arbeiterschaft muß sich frei machen von den Illusionen der arbeitsgemeinschaftlichen Führer, sie muß erkennen, daß die gewaltige wirtschaftliche Katastrophe nur durch proletarische Kampforgane überwunden werden kann.

Wo Wucher und Preistreiberei die Preise ins Ungemessene steigern, da müssen **proletarische Kontrollausschüsse** mit starker Hand eingreifen und die Preise auf eine normale Höhe herabsetzen.

Wo Faszisten und andere Organisationen bei Kämpfen der Arbeiterschaft Leben und Gesundheit bedrohen, da gibt es nur eine Rettung, **den proletarischen Abwehrkampf** zu organisieren.

Nur auf die eigene Kraft gestellt, wird das Proletariat in Stadt und Land Hunger und Verelendung siegreich bekämpfen.

Aufruf der Berliner Arbeiter

Die Betriebsräte aller Parteirichtungen der drei Berliner Großbetriebe AEG., Löwe und Osram riefen eine gemeinschaftliche Belegschaftsversammlung ein. Trotz der Sabotage des „Vorwärts" stellten sich die gesamten Belegschaften also einschließlich der SPD.-Arbeiter hinter die von den sozialistischen Betriebsräten vorgelegte Resolution, in der die **proletarische Einheitsfront auf internationaler Basis** verlangt wird. Das Verhalten des „Vorwärts" wird in der Resolution auf das Schärfste gebrandmarkt.

Ebenfalls versammelte sich die Belegschaft der Knorrbremse, 5000 Arbeiter, um zur Teuerung Stellung zu nehmen. Eine aus allen Parteien zusammengesetzte Kommission wird bei den Berliner Gewerkschaften vorsprechen.

Der Mindestlohn

Berlin, 20. Juni.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern Verhandlungen statt zwischen Vertretern der Gewerkschaften, dem Reichsarbeitsminister und Vertretern der Reichsregierung über die Einführung einer Methode auf automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung. Die vom Reichsarbeitsminister vorgetragenen Richtlinien wurden von den Gewerkschaften anerkannt. Die Mindestlöhne sollen natürlich nicht auf Grund der Vorkriegslöhne zustande kommen.

Die katastrophale Teuerung

Nach den vorliegenden Berechnungen vom statistischen Reichsamt wird der errechnete Index von allen Teuerungsberechnungen als der niedrigste bezeichnet. Vom 5. bis 15. 6. ist eine Teuerung um rund 41,2 Prozent errechnet worden, davon entfallen auf Lebensmittel 45,2 Prozent.

Der Reichsverkehrsrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, ab 1. Juli neuerdings den Tarif bei der Reichseisenbahn zu erhöhen. Im Güterverkehr soll der Tarif um 250 Prozent, im Personenverkehr um [illegible]0 Prozent erhöht werden.

Das Reichsverkehrsministerium stellt dazu fest, daß auf Grund der neuen Erhöhungen der Reichseisenbahn das Defizit nicht gedeckt sein wird.

Die neuen Beamtengehälter

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften über die Anpassung der Gehälter der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten an die Geldentwertung führte zu einer Einigung. Die Gehälter werden vom 16. Juni an gegenüber den jetzigen um rund 100 Proz. erhöht.

Urabstimmung der Breslauer Gemeindebetriebe

Lieber Kampf als Hunger. — Restlose Durchsetzung der Forderungen.

Gestern abend fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine überaus stark besuchte Versammlung der Breslauer Gemeindearbeiter statt. Kollege Blanck wies in seiner sehr sachlich gehaltenen Ausführungen darauf hin, daß es unbedingt notwendig wäre, um jeden Preis an den einmal gestellten Forderungen festzuhalten. Der Kampf, der den Magistratsarbeitern aufgezwungen wäre, müßte bis zum siegreichen Ende durchgesetzt werden. Die Versammlung lehnte einstimmig die ungenügenden Zugeständnisse des Magistrats und der Schlichtungsstelle ab und **forderte** den Kampf. Zwei Diskussionsredner versuchten vergeblich, diese Kampfstimmung zu dämpfen. Sie erklärten, daß man sich auf den Boden der gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft stellen müßte. Die Gewerkschaftsführer könnten im gegenteiligen Fall den Streik nicht anerkennen. Gegen diese Ausführungen erhob sich starker Widerspruch. Ein weiterer Diskussionsredner stellte unter starkem Beifall fest, daß das Angebot des Magistrats eine schamlose Zumutung an die Arbeiter wäre. Heute ständen die Gemeindearbeiter auf dem Standpunkt: Lieber im Kampf als bei der Arbeit verhungern.

Die Versammlung beschloß einstimmig, binnen 24 Stunden eine Urabstimmung in sämtlichen Betrieben vornehmen zu lassen. Die Forderungen der städtischen Arbeiter basieren auf 33⅓ Prozent Erhöhung, rückwirkend vom 16. Mai 1923 ab.

Ausdehnung des Streiks in Brandenburg

Dem Streik der Brandenburger Großbetriebe haben sich gestern zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe angeschlossen. Die Verbandsleitungen erklären den Streik als wild und sind für die bedingungslose Arbeitsaufnahme. Die Hauptforderung der Streikenden ist augenblicklich, daß die Schupo, die Provokationen beabsichtigt und nach Brandenburg zusammengezogen wurde, sofort zurückgezogen wird.

Der bayerische Justizskandal

Der verantwortliche Redakteur des Berliner „Vorwärts", Viktor Schiff (Berlin), wurde vom Schöffengericht München (!) zu 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er behauptet hat, **Adolf Hitler und Dietrich Eckard** hätten für die nationalistische Presse französische Gelder angenommen. **Das Gericht konnte den Empfang der französischen Gelder** durch die Nationalsozialisten nicht aus der Welt schaffen, sondern mußte die Geldannahme im Gegenteil **zugeben**, aber die Gelder seien nicht durch die Franzosen direkt, sondern durch Treuhänder gegeben worden, weshalb die Verurteilung erfolgen müsse. Höher geht die Schamlosigkeit der Rechtsbeugung der bayerischen Tendenzgerichte wohl nimmer, wie es in diesem Urteil zum Ausdruck kommt. Wenn nun außerdem die Münchener Faszistengerichte noch ihre Gerichtsbarkeit bis nach Berlin ausdehnen, während umgekehrt noch nicht einmal das Reichsgericht sich erlauben darf, gegen die Justizrebellen in München einschreiten zu können, dann ist es soweit, daß das faszistische München im Reiche regiert.

Der Soldatenschinder Hiller braucht nicht zu sitzen

Vor einigen Jahren wurde der Oberleutnant d. R. Hiller aus Berlin wegen Soldatenmißhandlung zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Prozeß entrollte einen Ausschnitt der großen Tragödie des Krieges, der eines der schauderhaftesten Bilder in diesem Kaleidoskop des Irrsinns und menschlicher Verkommenheit ist. Der todkranke Soldat Helmhake wurde von seinem Vorgesetzten Hiller in der ekelhaftesten Weise zu Tode gemartert. Das milde Vergnügen einer Festungshaft sollte die Sühne für dieses viehische Roheitsdelirium sein. Aber man erfahre: selbst diese rechtskräftig ausgesprochene Strafe ist von dem Verurteilten bisher nicht angetreten worden. Immer noch lauft dieses gemeingefährliche Individuum frei herum. Wie ist es möglich, daß die zuständige Vollstreckungsbehörde nichts unternimmt, das Urteil zu vollstrecken?

Es wäre interessant, zu erfahren, welche wuchtigen Kräfte am Werke gewesen sein müssen, diesen Erfolg zu erzielen!

Der verurteilte Soldatenschinder Hiller in Freiheit; der Redakteur der „Roten Fahne" Gentsch in Haft: Wilhelminische Justiz in der Republik.

Preisherabsetzung in Halle

Auf dem Wochenmarkt in Halle kam es am Sonnabend infolge der großen Kartoffelnot zu sehr erregten Szenen. Da nirgends Kartoffeln zu bekommen waren, wandten sich die Frauen an die amtliche Preisprüfungsstelle. Diese beruhigte die Frauen damit, daß sie erklärte, die Kartoffelnot werde durch die neue Ernte bald behoben sein. Im übrigen schimpfte sie auf die Agrarier und Wucherer, die die Kartoffeln, anstatt an die notleidende Bevölkerung, an die Schnapsfabriken liefere.

Darauf wandten sich die Frauen an den Halleschen **Kontrollausschuß**. Dieser zog mit etwa 150 Frauen vor die Wohnung einer Händlerin, die nun die bisher zurückgehaltenen Kartoffeln verkaufen mußte.

Ebenso diese Frauen zogen mit dem Kontrollausschuß vor das Magistratsgebäude. Der Magistratsdezernent wußte sich keinen anderen Rat als Sipo herbeizurufen. Die hungernden Frauen jedoch wichen nicht von der Stelle und verlangten, daß der Magistrat Kartoffeln heranschafft. Da sie sich weigerten, unter dem Schutze der Polizei zu verhandeln, mußte der Magistrat die Polizei nach Hause schicken. ...

Aus der preußischen Justizhölle

Die unerträglichen Zustände in den preußischen Gefängnissen haben zu Verzweiflungstaten der Gefangenen in Brandenburg, Lehrter Straße, in Celle, in Lichtenburg, in Sonnenburg und in Lingen geführt, deren Ursache insbesondere die Hungerqualen sind. Seit wenigen Monaten ist die an sich schon elend gemessene Kost noch verschlechtert worden. Die Gefangenen sehen ihre letzten Kräfte schwinden, sehen täglich, wie sie durch den Kräfteverfall — für den späteren Beruf ums Dasein — lebensuntauglicher gemacht werden.

In Celle haben von 100 Gefangenen 40 nicht mehr das normale Körpergewicht.

Als die Brandenburger Gefangenen in wilder Wut und Verzweiflung aufbegehrten, hat man das Gefängnis Tag und Nacht unter Gewehrfeuer genommen. Bis heute weiß die Oeffentlichkeit nicht, wieviel Tote und Verwundete es dort gegeben hat.

In das Brandenburger Gefängnis und in das Gefängnis Lehrter Straße hat man Abgeordnete unserer Partei, die sich bemühten, zu den Gefangenen zu gelangen, nicht hineingelassen.

Ueber die grauenvollen Vorgänge aus Celle dringen jetzt erst Mitteilungen von verschiedenen Gefangenen zu uns. Die Direktion hat die Briefe wochenlang widerrechtlich zurückgehalten.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht aus den 28 Briefen, die der Kommunistischen Landtagsfraktion aus dem Celler Gefängnis zugingen, ein Schreiben, in dem es unter anderem heißt:

„Daß es auch ein deutsches Sibirien — und mehr als das — gibt, wird Euch inne werden, sobald Ihr ausführliche Berichte über die Prozeduren habt, die man mit Hilfe bestialischer Sipobeamten am 17. Mai an wehrlosen, teils ihrer Sinne nicht mehr mächtigen Gefangenen vornahm und an deren Folgen heute noch, nach 10 Tagen, Glieder schmerzen . . .

Zum Schutze von Recht und Gerechtigkeit und im Interesse der Wahrheit, die zu erfahren die Oeffentlichkeit ein Recht hat, ist es unbedingt notwendig, daß baldigst eine Untersuchungs-Kommission nach hier entsandt wird.

Außer den furchtbaren, geradezu **sadistischen Mißhandlungen** der Gefangenen bestehen hier allerlei Uebel, die man in anderen Strafanstalten kaum noch findet.

Ich selbst bin hier in der gemeinsten Weise mißhandelt worden. Man hat mich grün, blau und blutig geschlagen und getreten. Heute noch ist an den verschiedensten Körperteilen ein sichtbares Zeichen der viehischen Mißhandlung zu sehen und **Blutspritzer an Wänden und** Gegenständen zeugen von den Heldentaten deutscher Sipobeamten.

Die Feststellung eines Arztes in den ersten Tagen nach den Mißhandlungen, die zum Teil am 18. Mai morgens fortgesetzt wurden, würden zu furchtbaren Anklagen geworden sein. Aber es gab kein Krankmelden; sechsmal wurde ich zurückgewiesen und mußte mir das zerschundene und geschwollene Gesicht mit einem blutunterlaufenen, blau und grün umränderten Auge, mit einem schmutzigen Lappen kühlen. Mein linker Arm war eine Woche lang völlig gelähmt und heute noch kann ich ihn nicht vor Schmerzen bewegen. Anderen Gefangenen erging es noch schlimmer.

Eine ganze Woche lang hat die **Strafanstaltsdirektion das Beschwerderecht der Gefangenen aufgehoben** und nicht einmal gestattet, an den Rechtsanwalt zu schreiben . . .

Ich fühle hier mein Leben bedroht. Meine [illegible]

und plötzlich seit einigen Tagen bin ich fluchtverdächtig!!!

Genossen, es ist nicht das erste Mal, daß man mir nach dem Leben trachtet. Der Genosse Hegewitsch ist auf Grund von Akten in der Lage, davon ein Lied zu singen . . .“

Die Gefangenen schildern die fürchterlichen Vorgänge am 17. und 18. Mai ganz übereinstimmend. Infolge des Hungers wurden am Abend des 17. die Schreie: „Wir haben Hunger!“ aus einer Anzahl Zellen laut. Das veranlaßte die Direktion, Schupo kommen zu lassen. **In der Nacht wurden dann die Gefangenen aus den Zellen geholt — notdürftig bekleidet mußten sie auf dem Korridor antreten.** Hier zwang man sie, Kniebeuge zu machen. Die Wärter, die Schupo, die Anstaltsleiter schlugen währenddes auf die nur notdürftig bekleideten Menschen mit Gewehrkolben, Schemelbeinen, Karabinern, Stöcken auf sie ein. **Die „Seelsorger“, der Arzt, die Schupooberleutnants sahen sich die viehische Infamie seelenruhig an.**

Die Kommunistische Landtagsfraktion wird natürlich mit allen Mitteln versuchen, den Gefangenen zu Hilfe zu kommen. Ein Antrag auf sofortige Untersuchung dieser Gefängnisgreuel ist gestellt.

Von dem Landtag, der bis jetzt jeden vernünftigen Antrag zum Strafvollzug ablehnt, von der Regierung, die dieses Landtags würdig ist, ist jedoch weder Hilfe noch Besserung zu erwarten.

Die Arbeiterschaft muß die Hilferufe der Opfer der Justiz und des Strafvollzugs erhören! Sie muß draußen aufbegehren gegen die Barbarei, die sich — wie die Vorgänge der letzten Wochen beweisen — immer schändlicher austobt. Statt des Verzweiflungskampfes der Opfer der Justiz müssen die Arbeiter draußen **die Forderung auf Freilassung der Gefangenen, auf Ausrottung der Strafvollzugsschande,** in den Klassenkampf einbeziehen.

Dann, aber auch nur dann wird Bresche in die Justizreaktion geschlagen werden können!

Preußischer Landtag

Sozialdemokraten lachen über das Elend der Invaliden

Die dritte Lesung des Haushaltsplanes für 1923 brachte eine allgemeine politische Aussprache. Aus den Reden der Sozialdemokraten wie der bürgerlichen Redner klang das Bewußtsein totalen politischen Bankrotts. Welch Bild grotesken Jammers liegt in dem kläglichen Eingeständnis des SPD.-Mannes Hauschildt: „Die Frage der Produktionssteigerung, so wichtig sie ist, kann jetzt nicht zur Diskussion stehen, wir sind schon zufrieden, wenn wir weiteren Rückgang der Produktion verhindern!“

Gegenüber den ständigen Beschuldigungen durch die Mehrheitsparteien, die Kommunistische Partei stehe im Bunde mit Degoutte und Poincaré, gab Genosse Schulz die bündige Erklärung: Wie gegen das deutsche Kapital, so stehen wir in schärfster Kampfstellung gegen das französische Kapital und seinen Militarismus. Gerade deswegen aber sind wir die Bundesgenossen der Arbeiter im französischen Waffenrock.

Mit eindringlicher Schärfe zeichnete Genosse Schulz das entsetzliche Elend der Invaliden, Erwerbsunfähigen und Sozialrentner.

Und vertrat sehr energisch Forderungen, die von den Organisationsvertretern dieser notleidenden Schichten aufgestellt sind. Als Genosse Schulz an die SPD.-Fraktion sich wendend, darlegt, daß die im Landtage anwesende Delegation des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands aus den ehrenwertesten, in Arbeit alt und grau gewordenen Personen besteht, unterbricht der sozialdemokratische Abgeordnete Orzechinski mit einigen seiner Fraktionskollegen den Genossen Schulz mit frechen, höhnischen Sachen. Auch die Darlegung unseres Redners, daß Mitglieder der Invalidendelegation 30, 40, ein achtzigjähriger Genosse sogar seit Lassalles Tagen von 1863, also seit 60 Jahren treu in der Arbeiterbewegung kämpft hat, machte auf diese Leute um Orzechinski keinen Eindruck. Frau Ege von der SPD. fand den traurigen Mut zu rühmen, daß die SPD. für die Sozialrentner 150 Millionen Mark im Wohlfahrtsetat gefordert habe. Diese lächerliche Summe macht bei mindestens einer Million Sozialrentner usw gerade 150 Mark auf den Kopf und Jahr und mag eben genügen, eine altbackene Schrippe dafür zu kaufen. Den Antrag unserer Fraktion, den Sozialrentnern, um sie gegen den Währungsverfall leidlich zu schützen, bestimmte monatliche Rationen: 4 Brote, einen halben Zentner Kartoffeln, 4 Pfd. Schmalz, 4 Kilo Fleisch pro Kopf der unterstützungsbedürftigen Personen, ferner für jeden Haushalt jedes Notleidenden 5 Zentner Kohlen, 1 Zentner Brennholz pro Monat neben erster Geldrente zu liefern, haben Sozialdemokraten und Bürgerliche abgelehnt, womit sie sich ein unvergängliches sozialpolitisches Schandmal gesetzt haben.

Genosse Wollstein erzwang zum Schluß, daß kommunistische Anträge über die furchtbaren Zustände in den Strafanstalten auf die morgige Tagesordnung gesetzt wurden.

Landessteuergesetz — Die Not der Gemeinden

Der Reichstag setzte in seiner Dienstagsitzung die zweite Lesung des Landessteuergesetzes fort. Nach einigen belanglosen Bemerkungen der Abg. Merd (D. Vpt.) und Herold (Ztr.) und nach einer kurzen Empfehlung der Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer erhielt das Wort für die KPD. Genosse Koenen.

Die Kommunistische Fraktion ist an sich für die Steuerhoheit des Reiches, denn sie steht prinzipiell auf dem Standpunkt der Reichseinheit, aber wir befinden uns jetzt in der Zeit der Not der Gemeinden und müssen den Gemeinden geben, was sie brauchen. Schon aus diesem Grunde kann die Steuerhoheit des Reiches nicht so stark betont werden; dazu kommt noch ein politischer Grund: Die Regierung Cuno hat bisher die Steuerhoheit des Reiches nur angewendet zum Schutze der Besitzenden und gegen die Interessen des Proletariats. Im Freistaat Anhalt war von Sozialdemokraten und Kommunisten unter Zustimmung sogar der Deutschen Volkspartei eine gute Grundwertsteuer gemacht worden. Sie hatte die Zustimmung der gesamten Linken erhalten. Durch die Steuer sollten alle Schullasten den Gemeinden abgenommen werden. Es war außerdem in dem Steuergesetz eine weitgehende Befreiung der kleineren Besitzer von der Grundwertsteuer vorgesehen, und gegen diese vernünftige Steuer hat die Reichsregierung Einspruch erhoben, weil die Großagrarier dadurch zu stark belastet würden. Einer der größten Agrarischen Besitzer ist der ehemalige Herzog von Anhalt. Um diesen und die Agrarier zu schonen, hat der Finanzminister Hermes die Steuern beanstandet. Er begründete sein Eingreifen damit, daß durch die Steuer die Reichssteuern empfindlich berührt würden. Das kann man von jeder Landessteuer sagen. Leider sind die Sozialdemokraten und Demokraten nach dem Vorstoß der Reichsregierung umgefallen. Sie erklärten sich bereit, von dieser Steuer nur 65 Prozent zu erheben. Sie gingen sogar noch weiter. Sie setzten den Roggenpreis, der bei der Steuerveranlagung maßgebend ist, auf 29 500 Mark fest, während er gegenwärtig über 150 000 Mark steht. Auf diese Weise wird die Steuer auf 25 Prozent der beabsichtigten Höhe herabgedrückt. Das ist ein Mißbrauch der Steuerhoheit des Reiches, durch den die Gemeinden empfindlich geschädigt werden. Von den Schullasten, die durch die Steuer voll gedeckt werden sollten, können jetzt nur noch 25 Prozent gedeckt werden.

Wir fordern, daß der Regierung diese Steuerhoheit in Bezug auf die Gemeinden genommen wird und haben daher beantragt, den Paragraph 3 zu streichen. Gegen das Verfahren der Regierung haben sich selbst rechtsgerichtete Organisationen ausgesprochen, was die Regierung aber nicht abgehalten hat, gegen die Gemeinden einzugreifen. In Sachsen hat sie ähnliche Schritte unternommen. Die sächsischen Gemeinden wollten Sozialabgaben einführen, die von den Unternehmern nach der Arbeiterzahl und Lohnsummen erhoben werden sollten. Aus diesen Steuern sollten die sozialen Ausgaben bestritten werden. Die Reichsregierung hat dagegen Einspruch erhoben mit der Begründung, eine solche Steuer kollidiere mit der Lohnsteuer. Ganz im Gegensatz zu dieser Stellung unterstützt sie gegen die Interessen der Gemeinden die Kirche. In Leipzig weigerte sich die Gemeinde, die Kirchensteuer einzutreiben und die Steuergroschen für die Kirche auszugeben. Das Reichsfinanzministerium ordnete an, daß diese Beitreibung auf Kosten der Gemeinde zu erfolgen habe. Diese drei Beispiele zeigen, wie die Steuerhoheit des Reiches angewendet wird. In Thüringen besteht eine Gewerbesteuer, die keine Staffelung zu Gunsten der kleineren Betriebe vorsieht. Das ist eine Benachteiligung der kleinen Besitzer; hier greift die Reichsregierung nicht ein.

Genosse Koenen begründet dann weiter die große Anzahl der von der Kommunistischen Fraktion gestellten Abänderungsanträge zum Landessteuergesetz. Diese Anträge fordern ein Steuerzuschlagsrecht der Gemeinden, nicht nur zur Fremdensteuer und ähnlichen wenig einbringenden Steuern, sondern auch zur Einkommensteuer, und zwar von der nach dem Jahre 1922 berechneten Einkommensgrenze von 600 000 Mark an. Ferner fordern wir progressiv gestaffelte Zuschläge und Ueberweisung aus der Kohlensteuer in Höhe von 10 Prozent; richtiger wäre es auch, die gesamte Umsatzsteuer den Gemeinden zu überweisen, denn die Not der Gemeinden ist so groß, daß sie schon daran gehen müssen, ihre eigenen Betriebe zu verkaufen. Wir beantragen daher, da weitergehende Anträge aussichtslos sind, ein Drittel des Betrages der Umsatzsteuer den Gemeinden zu überweisen. Weiterhin protestiert Genosse Koenen gegen die Beamtenentlassungen und gegen die Zertrümmerung der Demobilmachungsvorschriften, die zum Schutze der Arbeiter und Angestellten erlassen sind. Er verlangt Reichszuschüsse nicht nur zu den Beamtengehältern, sondern auch zu den Arbeiterlöhnen.

Zum Schluß tritt er lebhaft ein für die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer. Schon im März 1922 haben wir solche Erleichterungen für die Konsumvereine beantragt. Die SPD. hat damals nicht mitgemacht, wie sie überhaupt wiederholt ähnliche Reformen vereitelte. Wenn das Landessteuergesetz für uns annehmbar sein soll und wenn nicht die Gemeinden ruiniert werden sollen, dann müssen die kommunistischen Anträge, die alle Mindestforderungen sind, angenommen werden.

In der Spezialberatung werden alle kommunistischen Anträge abgelehnt. Auch die SPD. stimmt geschlossen dagegen. Nur für einzelne erhebt sich als Einzelner der alte Zahrt. Auch die wenigen Anträge, die die SPD. stellte, wurden abgelehnt; der Bürgerblock funktionierte tadellos.

Gegen die dritte Lesung, die sofort vorgenommen werden sollte, erhob die SPD. Einspruch. Durch Hammelsprung wurde die dritte Lesung mit 144 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Sie kommt deshalb erst morgen auf die Tagesordnung.

Zum Schluß wurde eine Verlängerung des Besoldungssperrgesetzes bis 1925 debattelos angenommen. Eine Aenderung des Besoldungssperrgesetzes, die die Regierung vorgeschlagen hatte, zog sie im Hauptausschuß zurück.

Erfolgreiche Arbeit eines Kontrollausschusses

Entdeckung eines großen Speck- und Schmalzlagers.

Mit dem Ledigenheim der Zeche „Nordstern“ in Horst ist gleichzeitig ein Kolonialwarengeschäft verbunden. Verschiedene Gerüchte schwirrten umher, wonach dort große Mengen von Speck und Schmalz lagerten. An dem Geschäft jedoch prangte ein Schild: **„Speck und Schmalz ausverkauft.“** Der Kontrollausschuß dem die Sache verdächtig vorkam, wandte sich an die Kriminalpolizei und ersuchte diese, einen Beamten zur Untersuchung dieser Angelegenheit mitzuschicken. Diesem Ersuchen wurde Folge geleistet. Die Frau des Verwalters erklärte der Kommission, daß sich in den Lagerräumen weder Speck noch Schmalz befände. Eine gründliche Durchsuchung sämtlicher Räume förderte zunächst auch nichts zu Tage. Bei dem Abklopfen der Wände stieß man plötzlich auf eine hohle Stelle. Mit einem spitzen Gegenstand wurde die Stelle durchstoßen und man stieß auf einen Raum, in dem sich folgende Kostbarkeiten befanden:

40—50 Zentner Speck, 93 Kisten Schmalz zu je 50 Pfund, 6 Kisten Corned-Beef und unzählige Flaschen von Wein und Kognak.

Das aufgefundene Lager wurde natürlich beschlagnahmt.

Es währte jedoch nicht lange, da meldeten sich Interessentenkreise, die Einspruch gegen die Beschlagnahme erhoben. Und wer sind die Kreise, die an der Schieberware Interesse zeigten?

Ein gewisser Lambertz, Angestellter der Zechenverwaltung „Nordstern“ und sogar die Bergbehörde erhob Einspruch gegen die Beschlagnahme!

Was liegt hier vor?

Ist die Zechenverwaltung Mitwisserin der versteckgehaltenen Waren?

Beteiligt sie sich an den Schiebergeschäften, die der „saubere Herr Verwalter“ vornimmt?

Was hat eine Bergbehörde mit beschlagnahmten Lebensmitteln zu tun?

Die Wucherzentrale hat die Beschlagnahme für zu Recht erklärt. Trotzdem wagt aber ein Rechtsanwalt, die Beschlagnahme als zu Unrecht erfolgt, hinzustellen.

Sogar die Staatsanwaltschaft will man zu Hilfe rufen, um die beschlagnahmten Schieberwaren frei zu bekommen.

Dieser Vorfall ist ein glänzender Beweis für die Notwendigkeit der Kontrollausschüsse.

Wer daher den Wucher bekämpfen will, muß das Wirken der Kontrollausschüsse mit aller Kraft unterstützen.

Imperialistischer Terror an der Ruhr

Der Terror der französischen Besatzung richtet sich augenblicklich mit besonderer Schärfe gegen die Eisenbahner. Alle die, die nicht unter den Bajonetten Poincarés auf den militarisierten Linien Dienst tun wollten, werden rücksichtslos ausgewiesen. So sind am Sonnabend aus Essen allein 126 Eisenbahnerfamilien, aus Steele am Sonntag alle Eisenbahner ausgewiesen worden.

Der Hunger nimmt nach Meldungen des WTB. zu, da Lebensmittelsendungen nicht mehr aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet gelangen.

Der Völkerbund soll helfen

Um der gepanzerten Faust Poincarés zu entgehen, schlägt Bernhard Dernburg im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor. Vor dem französischen Imperialismus flüchtet er unter die Protektion des englischen; das ist der einzige Ausweg, den die deutsche Bourgeoisie noch hat.

Der Völkerbund: das war — Dernburg stellt es selbst fest — gestern die Zerstückelung Oberschlesiens, die Zuteilung Memels an Litauen.

Der Völkerbund: das ist heute die Lostrennung des Rheinlandes von Deutschland unter dem Vorwand ihrer Neutralisierung.

Dernburg, indem er gegen Poincarés Raubplan zu Felde zieht, begünstigt durch seinen Vorschlag nur die Absichten des westlichen Imperialismus auf die Kolonisierung und Zerreißung Deutschlands.

Bestie Agrarkapital lechzt nach Arbeiterblut!

Seit mehr als 2½ Wochen steht der schlesische Landarbeiter in gewaltiger Zahl von über 100 000 Männern und Frauen im Generalstreik. Den Agrariern wird vor der eisernen Entschlossenheit ihrer durch Agrarierprostitgier verelendeten Arbeitermassen angst und bange. Nichts desto weniger führen auch die Arbeitgeber den Kampf mit aller Schärfe. Gerade in ihrer Angst um die sichere Niederlage wenden sie alle Mittel an, um den Landarbeiterstreik abzudrosseln. Alle Minen lassen die Agrarier springen, um dem Existenzkampf der Landarbeiter ein Ende, und zwar ein Ende mit Schrecken zu bereiten.

Zunächst suchen sie die Stadtbevölkerung unter Aufwendung ihrer reichen Geldmittel auf die infamste und verlogenste Weise gegen die um ihre bescheidene Existenz und für ihre viel zu bescheidenen Forderungen schwer ringenden Landproletarier aufzuhetzen. Diese Mörder der Stadtkinder, diese Wucherer auf den Landschlössern, deren Geldsäcke so groß sind, daß sie nicht einmal das Getreide zu verkaufen brauchen, das teilweise seit 2 und 3 Jahren auf ihren Schüttböden lagert und verkommt, deren Geldsäcke so voll sind, daß sie sich in den Städten — wie z. B. in Breslau auf der Lothringer Straße — minderjährige Mädchen als Objekte ihrer sexualen Gelüste halten können, sich bei Raiffeisen und Kempinski und Hanser eine Kiste Wein und Delikatessen nach der anderen bestellen, die Finger ihrer vollgefressenen Weiber mit Brillantenringen behängen, ihren noch unerwachsenen Töchtern im voraus Ausstattungen in Millionenwerten kaufen, um die Wuchergewinne „in Sachwerten wertbeständig anzulegen“, diese im Ueberfluß schwelgenden Agrarbestien haben nie Geld, um Steuern richtig zu bezahlen, haben kein Geld, wenn es gilt, den Landarbeiter so zu entlohnen, daß er menschenwürdig existieren kann, der mit seinem Fleiß und Schweiß ihnen zu den Reichtümern verholfen hat. Der Agrarier, der kein Geld hat, um die Witwen seiner Gutsarbeiter, die in seinem Dienste verstorben sind, vor dem Hungertode zu bewahren, der hat Geld, um eine großzügige Lügenkampagne gegen den verelendeten Landarbeiter zu führen.

Riesenplakate, mit Millionenaufwand hergestellt, schreien in gelben und grünen Farben die unverschämtesten Lügen in die Straßen hinein. Der Stundenlohn wird hier so hoch herausgerechnet, daß jeder Industriearbeiter sich wünscht, Landarbeiter zu sein. Der neueste Stundenlohn soll nach Angabe der Plakate über 2200 Mark betragen. Dieser Schwindel ist so durchsichtig, daß nicht einmal diese abgefeimtesten aller Rechenkünstler es wagen, den Ursprung dieser Zahl zu erklären. Wie auf ihrem ersten, dem gelben Plakat, vermeiden sie auch, unter dieses zweite grüne Schwindelprodukt ihre Unterschrift zu setzen. Die Wahrheit, das sei hiermit festgestellt, ist ein Stundenlohn in bar und Deputat von insgesamt zirka 800 Mark.

Was ist der Zweck dieser Plakate?

Die Stadt soll gegen das Landproletariat mobilisiert werden!

Die Blutsauger der Stadtbevölkerung wollen diese gegen das Landproletariat ausspielen!

Die gesamte bürgerliche Presse ist mobil gemacht. Sie schreit von unberechtigten Forderungen, sie schreit von Gefährdung der Volksernährung, sie brüllt Verbrecher!

Der Zweck? O, der liegt klar zutage seit der letzten Konferenz der Arbeitgeber am Montag den 18. Juni.

Der organisierte und bewaffnete, auf Automobile gesetzte Streikbrecherdienst, die Faszistenhorden und Mörderbanden, die der Agrarier mit seinem erwucherten Gelde gegen die Landarbeiter losgelassen hatte, sind überall auf die geschlossene Front der Streikenden gestoßen. Durch den bewaffneten Widerstand der Agrarier, durch den weißen Terror ist die rote Front der Landarbeiter um so besser geschlossen.

Nun wird eine „Gefährdung der Volksernährung“ durch den Streik künstlich unter dem Bellen der vereinigten bürgerlichen Pressehunde konstruiert, eine **„Gefährdung der Volksernährung, die durch niemand mehr gefährdet ist, wie durch die Profitgier der Agrarier selbst.**

Der Agrarier schrie auf der Konferenz am Montag nach der Staatsgewalt, nach Militär, Schupo und Maschinengewehren, er will darüber hinaus aus dem „Christlichen Margarine-Verband“ eine bewaffnete Banditenbande machen, die im Verein mit den Bluthunden der Reaktion den Streik der Landarbeiter mit der Waffe niederschlagen soll.

Will Blut saufen, sie will den Proletarier-Die Agrarbestie hat sich demaskiert, sie mordet!

Die Reichswehr und die Schupo soll für die Dirnen der Agrarier, die sich ihre Schoßhündchen in Milch baden, die ihre Schuhe mit Milch reinigen, Zuhälterdienste verrichten, während die neugeborenen Kinder in der Stadt an Milchmangel zu Grunde gehen.

Die Reaktion mobilisiert auf dem Lande gegen das gesamte Proletariat aus Stadt und Land, gegen Industriearbeiter und Landarbeiter.

Beide erkennen nun die Gefahr, beide haben sich an vielen Orten gemeinsam im Abwehrkampf vereinigt, beide, Industriearbeiter und Landarbeiter werden den Kampf aufnehmen, der ihnen aufgezwungen wird seitens einer blutdürstigen Unternehmerbande, beide werden sich

zum Abwehrkampfe zusammenfinden in den Abwehrhundertschaften gegen den Faszismus!

Dann werden sie siegen, trotz allem!

Hoch die Einheitskampffront der Land- und Industriearbeiter:

Gegen Ausbeutung und Unterdrückung!
Für die Befreiung der Arbeit!
Gegen Faszismus und Reaktion!
Für die Arbeiterregierung!

[…i]mmer leicht," so sagt sie, „die gute von der minderwertigen Ware zu unterscheiden, aber ich verstehe mich darauf so gut, daß man mir jetzt den Einkauf des Rohstoffes für drei Fabriken, außer der meinigen, übertragen hat. Nachdem wir noch die Krippe besichtigt haben, die bei aller Einfachheit blendend sauber und ordentlich ist, ladet sie uns, da es für die Besichtigung des Arbeiterklubs selber zu spät ist, zu einem Glas Tee in ihre Häuslichkeit ein. „Es ist sehr einfach bei mir," sagt sie mehr stolz als bescheiden. Und so ist es wirklich. Zwei niedrige Zimmer in einem kleinen Haus neben der Fabrik mit ein paar einfachen bäuerlichen Möbeln, ein paar Blumen im engen Fenster, einige billige Porträts von Lenin und Trotzki, einige Photographien, schlechte Oeldrucke an den Wänden —, das ist die „Dienstwohnung", die die Frau Direktor sich eingerichtet hat. Während sie uns mit Tee, Eiern und weißem Brot bewirtet, erzählt sie uns von ihrem Leben.

Sie ist das Kind armer Bauern und hat nie eine Schule besucht. Bis zu ihrem 25. Jahre hat sie auf dem Lande gearbeitet. Dann kam sie in die Fabrik. Ihre zwei Kinder wurden ihr von einer Seuche in einigen Tagen dahingerafft. Ihr Mann erblindete an derselben Krankheit. Seitdem lebt sie in der Kommune. Diese besteht aus neun Familien, die ihr Einkommen zusammenschießen und gemeinsam verbrauchen, als ob sie eine Familie bildeten. „Es ist besser so," sagt sie, „dadurch kann ich wenigstens etwas für andere Kinder tun." Agrafina hat zwei große Narben an der Stirn. „Im Kriege," so erzählt sie uns, half ich den Frauen der Eingerückten Holz im Walde fällen und heimführen. Dabei traf mich einmal ein Baumstamm. Ich mußte eine schwere Kopfoperation durchmachen. Aber ich ließ mich nicht narkotisieren. Ich wollte wissen, wie der Schmerz ist." — Während der Revolution wurde sie in das Fabrikkomitee ihres Betriebes gewählt, zwei Jahre später zum Direktor der Spinnerei. Sie ist überaus stolz auf ihr Amt. Und interessiert erkundigte sie sich, ob es in Deutschland, England und anderen Ländern auch weibliche Direktoren gibt. „In unserem Distrikt," so erzählt sie uns mit Genugtuung, „bin ich die einzige Frau unter 21 Direktoren." Beim Fortgehen sehen wir im Nebenzimmer den blinden Mann. Wir treten ein und begrüßen ihn. Genossin W., die für jeden, der ihr in den Weg kommt, ein Scherzwort übrig hat, fragt ihn, ob ihn seine Frau nicht haut, und erzählt eine lustige Geschichte von einer kleinen Frau, die immer auf den Tisch stieg, um ihren großen Mann zu schlagen. Der Blinde lacht leise in sich hinein und versichert uns, daß Agrafina Kochanowa „gut" zu ihm ist. Sie scheint es wirklich zu sein. Aber es bleibt doch ein weher Eindruck, dieser hilflose, bleiche Krüppel und daneben diese von Lebenskraft und Gesundheit strotzende Frau. **Grüßen Sie die Arbeiterinnen in Oesterreich und Deutschland von mir,"** so sagt uns Agrafina Kochanowa beim Abschied, **„und sagen Sie ihnen wenn wir hier fertig sind mit allem, dann werden wir kommen und ihnen helfen die Revolution zu machen."**

Samogonko

Samogonko, böses Kraut,
Zehrt an Alten und an Jungen.
Mehl und Korn ist aufgebraucht,
Samogonko hat's verschlungen.

Diesen Vers finden wir in einem Artikel der Frauenzeitung „Kommunistin". Hierin wird uns geschildert, wie in einem russischen Dorf durch den Schnaps das Familienglück der Leute zerstört wird und wie die Frauen sich dagegen wehren. So etwas ist auch nur im barbarischen Rußland möglich, daß die Männer den Frauen Lebensmittel und Zeug wegnehmen und sich dafür Schnaps kaufen. Im barbarischen Rußland ist es aber auch nur möglich, daß Arbeiterfrauen sich zusammenschließen und das Nest, in dem der Schnaps gebraut wird, ausnehmen und die Hersteller ins Gefängnis bringen.

Im demokratischen Kulturstaat Deutschland gibt es so etwas nicht; da wird der Schnaps nicht heimlich hergestellt, nein, da wird es in aller Oeffentlichkeit betrieben; überall gibt es große Fabriken, in denen Korn, Kartoffeln, Obst, Zucker usw., Dinge, die für die Ernährung am notwendigsten sind, zu Alkohol verbraut werden. Dort in Rußland gibt es keine Schnapsläden (Parteibuditer), in denen „aufgeklärte" Arbeiter ihren mühsam verdienten Lohn dafür hingeben, im Schnapsgenuß ihr Elend zu vergessen. Bei uns hingegen vergessen sie ganz, daß zu Hause Frau und Kinder auf die paar Lausegroschen warten; sie machen es dadurch dem heutigen Staat möglich, aus den Taschen der Alkoholverkäufer Milliarden an indirekten Steuern herauszuziehen.

Arbeiter, macht endlich Schluß mit solch unwürdigen Zuständen, sonst könnten unsere Arbeiterfrauen in Deutschland, dem Beispiele ihrer Schwestern im barbarischen Rußland folgend, zur Selbsthilfe gegen die verheerende Schnapsseuche greifen. Genossen und Genossinnen, sorgt bei allen Parteiveranstaltungen dafür, daß die Beschlüsse des Parteitages in Leipzig über den Kampf gegen den Alkohol in die Tat umgesetzt werden.

Dadurch führt ihr nicht nur den Kampf gegen den Zerstörer eurer Familie, sondern gleichzeitig den Kampf gegen den Staat, der als Nutznießer des Schnapsmonopols diese Gelder benutzt, um damit die reaktionären Elemente, Schupo, Sipo, Orgesch zu erhalten, mit denen er die Arbeiterklasse unterdrückt.

D. H., Arbeiterfrau.

Der „Notpfennig"

(Von einer Arbeiterin geschrieben.)

Endlich stand sie vor ihrem Ziel, sauber und einfach gekleidet, mit der blauen Trägerlatzschürze und auf dem Rücken den weißgescheuerten Tragkorb. Der Tragkorb war noch leer. Ja, das war eben der Grund zu all den trübseligen Gedanken, welche die arme Maria Friedrich quälten. Zögernd drückte sie auf die Klinke der Tür Nr. 2. Langsamen Schrittes trat sie an den langen Abfertigungstisch der Kleinstadtsparkasse. Mechanisch setzte sie ihren Korb ab, schlug das Tuch zurück, und brachte ihr Sparkassenbuch hervor.

„Sie wünschen?" fragte eine diensteifrige Stimme von der anderen Seite des Tisches herüber.

„Den Rest abheben," sagte leise und traurig Maria Friedrich und überreichte dem Angestellten ihr Buch.

„Setzen Sie sich einen Augenblick."

Ihr Blick heftete sich über alles Leben und Treiben in dem großen Raume hinweg hoch oben über eines der Bücherregale. Vor 14 Jahren verließ sie die Dorfschule. Zwölf Jahre lang hat sie dann den feinen Herrschaften in der Stadt alle Arbeit nach Wunsch und Willen geleistet und dafür gute Zeugnisse und wenig Lohn erhalten, denn das Geld reichte immer nur knapp zur nötigsten Kleidung. Hatte sie sich wirklich mal ein Zehn- oder Zwanzigmarkstück entzogen, dann lief sie freudestrahlend aufs Rathaus, so ganz nach den Ratschlägen ihrer alten Mutter. Als sie nun vor zwei Jahren heiratete, holte sie 1200 Mark herunter, und es blieben nun noch 450 Mark. Das sollte der Notpfennig sein. Aber ach, was sollte sie nun eigentlich heute für die 450 Mark kaufen? Ein Pfund Margarine kostete zurzeit 8000 Mark. Plötzlich fing sie an zu weinen, leise und still. Die Tränen rollten nur so über ihr blasses, mageres Gesicht. Im selben Augenblick hörte sie ihren Namen rufen. Sie lief zum Tisch, man zählte ihr das Geld hin. Alles schrie in ihr: Zehn- und Zwanzigmarkstücke habe ich gebracht; man betrügt mich mit diesen Papierlappen. Gleichgültig nahm sie das Papier zusammen und verließ taumelnden Schrittes, wie eine Betrunkene, das Rathaus.

Der Mann daheim ist arbeitslos. Zwei kleine Kinder bedürfen dringend der Milch, das Liter kostet 1200 Mark, das Markenbrot 2000 Mark. Was sollte sie für den „Notpfennig" kaufen?

Die singende Hungerkammer

Von Ida Schilz

„. . . Die ganze Hungerkammer kam mir auf einmal ganz festlich vor. Melodien durchströmten die ganze Armut. Himmelsbilder, Frühling und Tanz. . ."

Als ich das Haus betrat, fiel mir dieser Ausschnitt einer Studentenskizze von Max Jungnickel ein.

Hier war eine andere „singende" Hungerkammer! . . .

Drinnen in der Stube, die Arbeits-, Schlaf-, Wohnraum und Küche zugleich vorstellte, saß die ganze Familie an der langen Arbeitstafel.

Neun Köpfe — abgearbeitete, gequälte Gesichtsausdrücke! —

Vater und Mutter hatten tagsüber in der Fabrik gearbeitet — nun ging's nochmal los!

Jeder mußte mithelfen, bis zum kleinsten Schulkind herab! . .

Und wie mühten sich die kleinen und auch die großen Hände — buntes Spielzeug zu schaffen, das man in den städtischen Kaufhäusern fertig, strahlend in seiner Pracht, liegen sieht, von wohlhabender Leute Kind fröhlich-sorglos ergriffen. —

Und hier arbeiteten Kinder mit daran! . .

Manche Träne, mancher Schweißtropfen fiel herab . . .

Denn hier heißt es: 7 Kinder wollen Essen haben — 7 Kinder müssen gekleidet werden — und der Wochenlohn der Eltern reicht nicht! —

Blasse, magere Proletenkinder müssen ihre freien Stunden opfern, die sie doch so sehr notwendig für sich selbst brauchten . . .

Immer wieder um des lieben Brotes willen!

Und hatten alle trotzdem nicht genug! —

„Dafür sind wir Proletarier", sagte der Vater funkelnden, haßerfüllten Auges, „wir müssen sorgen, daß dieses Plagen endlich einmal ein Ende nimmt!" —

„Wir haben Hunger, Mutter! — Wir können nicht mehr!"

Ein ängstlich-geduckter, verzweifelter Schrei der Kleinen. —

„. . . Melodien durchströmten die ganze Armut, Himmelsbilder, Frühling und Tanz." (?!)

Menschliche Arbeitsmaschinen

In den amerikanischen Industriezentren, wie dem in Michigan gelegenen Detroit, wo Jahr für Jahr eine Million Automobile hergestellt werden, werden die Arbeiter unweigerlich zu Maschinen, die lustlos ihr schematisch geregeltes Arbeitspensum erledigen. Kürzlich entspann sich zwischen einem Fabrikinspektor und einem Arbeiter, dessen Aufgabe es war, ohne Unterlaß für die Getriebe einer Maschine bestimmte Stahlstangen glatt zu feilen, folgende Unterhaltung:

„Was ist das für eine Stange?" fragte der Inspektor. „Sie heißt P. X. 3.", antwortete der Arbeiter. „Nein doch, das meine ich nicht, ich will wissen, wozu sie dient," bemerkte der Inspektor. Darauf mußte ihm der alte Arbeiter die Antwort schuldig bleiben, obgleich er auf die Frage, wie lange er diese Arbeit schon ausführte, bekennen mußte, daß er seit zwölf Jahren Tag für Tag nichts anderes getan habe, als solche Stangen zu feilen.

Das ist der Triumph des Kapitalismus, das ist sein höchster Daseinszweck, die Menschen zur Maschine, zum willen- und seelenlosen Werkzeug herabzudrücken. Gibt es eine furchtbarere Anklage gegen das kapitalistische System, als dieser Arbeiter, der sein Schicksal mit Millionen Klassengenossen und -genossinnen teilt? **Der Mensch ist nichts, der Profit ist alles.**

Die Genossin

20. 6. 23. · Beilage zur Schlesischen Arbeiter-Zeitung · Nr. 141

Stimmen . . .

Sang der Mitternacht. Sang dem hellen Tag.
Brüder, Schwestern, seid ihr taub und stumm?
Unser Blut floß jäh, und ihr geht herum,
Und ihr tragt geduldig Schlag auf Schlag.

Ist der Seelen Schwung so in Euch verblaßt?
Der Begeisterung Feuer ganz verloht?
Immer tiefer duckt ihr Euch der Not,
O, wie klein ihr großes Schicksal faßt!

Klage an, du Blut; rausche, rote Flut.
Brüder, Schwestern! Floß umsonst dies Meer?
Euer Elend drückt, drückt Euch überschwer.
Werft es ab und läutert Euch in Glut.

Bruno Schönlank, „Großstadt".

Wie ich Sozialdemokratin und wie ich Kommunistin wurde

Von Anna Schuster

Als Kind erzkatholischer Eltern wurde ich in einem kleinen Dorfe des schönen Schwabenlandes geboren. Im streng katholischem Glauben wurde ich erzogen. Mein Vater war wohl weniger fromm, aber desto mehr meine Mutter. Es ist möglich, daß ich das Blut meines Vaters geerbt habe, weil ich sehr wenig von Frömmigkeit in mir verspürte. Aber dies half mir nichts. Zum Beten und Kirchegehen wurde ich gezwungen, wie oft mußte ich beten, anstatt etwas zu essen zu bekommen. Je größer und älter ich wurde, desto mehr wuchs in mir die Sehnsucht nach der großen Welt, die ich mir in meiner Kinderphantasie als etwas Herrliches, Schönes vorstellte. Mit beten und hungern verging die Schulzeit, ich wurde 14 Jahr alt und der große Wendepunkt in meinem Leben kam. Aber nicht die erträumte Erlösung aus den engen Verhältnissen.

Es ging mir, wie allen meinen Jugendgespielen, mit denen ich aufgewachsen war. Wir mußten uns in die Tretmühle des Kapitalismus einreihen lassen, um unser armseliges Leben zu fristen. Wir mußten von früh 6 bis abends 6 Uhr mit einer Unterbrechung von 1/2 Stunde Mittagspause für 50 Pfennige Lohn den Tag in einer Seidenfabrik arbeiten. Dazu kam noch eine gute Stunde Weg, den die Fabrik von unserem Dorfe entfernt lag. Diesen Weg legten wir im Sommer barfuß, im Winter in Decken eingehüllt, täglich zweimal zurück. Früh um 4 Uhr hieß es täglich aufstehen, denn um 5 Uhr ging es fort, und in der Wirtschaft gab es noch allerlei zu tun.

Täglich 15 Stunden mußte ich so jahrelang meine beste Kraft opfern, um 50 Pfennige zu verdienen. Aber erzogen, wie wir waren, kam uns nicht der Gedanke, daß es viel zu wenig war, was wir verdienten, sondern wir waren zufrieden damit. Ebenso wie es heute noch viele Arbeiterinnen und auch Arbeiter gibt, die zufrieden sind, und wenn sie auch täglich hungern müssen. Trotzdem doch heute Jedem die Gelegenheit gegeben ist, sich einzureihen in die Kampffront gegen die Ausbeuter.

Wäre es damals, vor 30 Jahren, in unserem abgelegenen Erdenwinkel so gewesen, wie es heute dort und wohl in jedem Orte Deutschlands ist, daß eine Arbeiterbewegung vorhanden war, dann hätte ich nicht soviel durchmachen müssen. Doch davon ein anderes Mal.

In mir brannte immer die Sehnsucht ins Weite. Die Jahre gingen dahin. Eines schönen Tages kam aus einer Stadt an der belgischen Grenze ein Brief von meiner älteren Schwester, die mitteilte, daß sie sehr krank sei und Jemand nach dort kommen sollte, sie zu pflegen.

Ich hatte nun das Alter erreicht, daß man glaubte, mich ruhig ziehen lassen zu können. Ich durfte also reisen, meine Sehnsucht nach der Welt ging endlich in Erfüllung.

Ich pflegte meine Schwester gesund, dann öffneten sich mir wieder die Fabriktore. — —

Der Zufall wollte, daß ich dort meinen jetzigen Mann kennen lernte, der als Handwerksbursche zugereist war und in der Fabrik Arbeit fand. — Ich war zufrieden. — — Nach einigen Jahren, in denen ich viel gesehen und gelernt habe, zogen wir, inzwischen verheiratet, nach Sachsen, weil mein Mann seine Stellung verlor. Dort erhielt mein Mann eines Tages die Einladung zu einer Besprechung.

Als er abends nach Hause kam, war er ein ganz anderer, als vorher. Ich sah, daß mit ihm etwas vorgegangen war. Wir waren zwei Jahre verheiratet und ich wußte es nie anders, als daß mein Mann stets abends zu Hause blieb. Dies hörte alles auf. Er ging jetzt öfters weg.

Ich wollte wissen, was er jetzt trieb und frug ihn, wohin er ging.

Er erklärte, daß er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden sei, in die Mitgliederversammlung gehe und lud mich ein, mitzugehen.

Aber da kam wieder die Erziehung meiner Eltern bei mir durch und ich wehrte mich dagegen. Er ließ mich gewähren, weil er wußte, daß bei mir mit Zwang nichts zu erreichen war. Er bestellte die „Arbeiter-Zeitung", die er mir vorlas. Nur widerwillig hörte ich zu. Nach einiger Zeit überlegte ich mir die Sache doch gründlich und kam zu der Erkenntnis, daß eine Frau an die Seite des Mannes gehört und ihm förderlich sein muß, wenn sie sein Handeln auch nicht immer gleich versteht. Sie gehört zu ihm in Freud und Leid, noch vielmehr im Kampf ums tägliche Brot.

Alles was ich in meinem Leben durchgemacht habe, ließ ich nochmals an mir vorüberziehen und kam zu dem Entschluß, mich ebenfalls mit in die Reihen der kämpfenden Arbeiter zu stellen.

Mein Mann hatte von alledem, was in mir vorging, keine Ahnung. Bis ich ihm eines schönes Tages mein Mitgliedsbuch des Sozialdemokratischen Vereins vorlegte.

Das war 1906. Und seitdem kämpfen wir gemeinsam mit unseren Brüdern und Schwestern in der Partei. Viele Funktionärposten habe ich all die Jahre bekleidet, wie mein Mann ebenfalls. All unsere freie Zeit stellten wir in den Dienst der Partei. Tag- und Nachtstunden opferten wir freudig für den Befreiungskampf der Menschen.

Schon längst hätten wir sie erkämpft, wenn die Genossen und Führer, die damals mich und noch viele andere überzeugt haben, bis zur Stunde mit uns gegangen wären. Wenn sie erfüllt, was sie vor dem Kriege in jeder Versammlung gepredigt haben, wo sie sich immer so radikal gebärdeten. Und wie begeistert hat man ihren Worten geglaubt. Aber wo sind sie heute alle? Ihr kennt ja viele von ihnen, die ihr schon länger in unseren Reihen steht. Wo sind sie und was tun sie, diese Schreier von damals. Sie waren nie Revolutionäre, sie sind aber zu Verrätern an ihrer eigenen Klasse geworden. Sie haben sich, als es galt, für das, was sie Jahre — jahrzehntelang gepredigt haben, zu kämpfen, von uns abgewandt und sich mit den Todfeinden der Arbeiter verbündet. Sie sind selbst unsere Feinde geworden, haben selbst auf Arbeiter schießen lassen. Freilich haben sie sich dadurch Ministerposten und Staatspfründen verdient.

Und diesen Leuten glaubt heute noch ein großer Teil der Arbeiterschaft. Wenn die Arbeiter, die heute noch an die Machenschaften und leeren Versprechen glauben, wirklich ein klein wenig mehr denken würden, hätten sie jenen schon längst den Rücken gekehrt und sich von ihnen gewendet, wie auch ich es getan habe. Früher als mein Mann, der während des Krieges in Rußland war.

Als Karl Liebknecht während des furchtbaren Völkermordens das erlösende Wort sprach und durch die eigene Tat bewies, daß es ihm blutiger Ernst war, folgte auch ich seinem Rufe, wie leider nur wenige. Doch die Entwickelung stand nicht still. Das kleine Häuflein wirklicher ehrlicher Klassenkämpfer und Kämpferinnen, die aus der Sozialdemokratischen Partei hinausgeworfen wurden, oder gingen, erfüllten eine heilige Mission. Man wirft uns heute noch Parteispaltung vor. Die Führer haben die alten Parteiziele verraten, sie von sich geworfen, wie ein schmutziges Hemd. Wir blieben die Alten, deshalb war unser Gehen eine Notwendigkeit.

Arbeiterfrauen! Denkt nach, was Euch seit dem November 1918 geblüht hat, wo wir die Macht in Händen hatten. Nichts wie Hunger und Elend. Verteuerung der allerwichtigsten Sachen, der Lebensmittel und alles, alles. Schon dies allein muß jede denkende Frau überzeugen, wo sie hingehört, wenn sie unter den heutigen Verhältnissen nicht zusammenbrechen will. Glaubt nicht mehr den Führern von rechts. Sie haben Euch vor dem Kriege belogen und sie werden Euch weiter mit schönen Redensarten betrügen, unbekümmert darum, ob Ihr hungert oder friert, ob Ihr und Eure Kinder etwas zum Anziehen habt oder nicht.

Die Frauen, die, so wie ich, vor dem Kriege, wie nach dem Krieg, die Politik und Machenschaften der Führer mit gehört und mit erlebt haben, können niemals dieser Partei angehören. Sie gehören in die Reihen der Kommunistischen Partei, die allein die Arbeiter in den Kampf für ihre Befreiung führen wird. Darum müssen alle Frauen und Männer, die noch nicht in unseren Reihen stehen, dafür gewonnen werden. Die Not wird täglich größer, unsere Kinder verhungern. Setzen wir uns alle dafür ein, unsere Kampfesreihen zu stärken, alle Frauen, die nicht als stummes Lasttier, sondern als denkende Proletarierinnen durchs Leben gehen wollen, zu gewinnen.

Wie können die Frauen gegen den Wucher kämpfen?

Noch härter und schmerzlicher als den Mann trifft die Senkung des Reallohnes, trifft der Lebensmittelwucher die Frau, ob sie nun Hausfrau, Mutter oder gewerbliche Arbeiterin ist.

Wenn der Lohn zum Notwendigsten nicht mehr ausreicht, dann entzieht sich die Frau und Mutter fast alles, um den Mann und

die Kinder nicht entbehren zu lassen. Sie hungert und darbt am meisten.

Die Löhne reichen jetzt, nach der neuesten sprunghaften Preissteigerungen, nicht aus, um eine Familie auch nur mit Brot, Fett und Kartoffeln sattmachen zu können. Er reicht nicht mehr aus, um die Familie vor Unterernährung, ja vor direktem Hunger, vor Krankheit, Kälte und frühem Tod zu schützen.

Die Verelendung des Proletariats, das Massensterben wird noch wachsen, wenn die Arbeiterschaft nicht selbst gegen diese Verhältnisse kämpft. Mit Jammern und Betteln, mit Forderungen an die Regierung wird nichts erreicht. Nur der energischste Kampf der Arbeiterklasse kann zu einem Siege führen. Zu diesem Kampf bedarf des Proletariat Kampfesorgane: die Gewerkschaften, die für höhere Löhne kämpfen, Genossenschaften, die für Warenverteilung, evtl. verbilligte oder unentgeltliche Abgabe von Lebensmitteln bei Streiks zu sorgen haben. Ferner Kontrollausschüsse, die gegen Lebensmittel- und Bedarfsmittelwucher vorgehen, sodann die proletarische Einheitsfront, die die Arbeiterregierung erringen muß.

Auf allen vier Gebieten muß die Frau organisieren helfen, muß aufklären, werben, anfeuern, mitkämpfen.

Die Gewerkschaftsbürokratie und die Genossenschaftsleitungen verhalten sich passiv, sie wollen nicht kämpfen. Als Mitglieder der Organisationen, auch als Frauen, Schwestern, Mütter der Mitglieder, durch ihre Männer, Brüder, Söhne, müssen die Frauen die Führer zwingen, für die wirklichen Arbeiterinteressen, für höhere Löhne usw. einzutreten. In Belegschafts-, Betriebs-, in öffentlichen Versammlungen müssen die Frauen die Lohnforderungen vertreten, sie müssen Delegationen in die Fabriken, in die Gemeindeparlamente usw. senden, um hier den Forderungen der Männer gewichtigen Nachdruck zu verleihen. Die Frauen müssen die Parteien in den Parlamenten ersuchen, sich für die Forderungen einzusetzen.

Zu fordern wäre u. a.:

1. Erhöhung der Unterstützung an Erwerbslose auf die Höhe des Existenzminimums;
2. Gleiche Unterstützung für arbeitslose Frauen und Männer;
3. Einbeziehung auch der verheirateten, sonst erwerbstätigen, weiblichen Erwerbslosen in die Unterstützung;
4. Erhöhung der Unterstützung für Sozialrentner, Kriegskrüppel und Hinterbliebene;
5. Erhöhung der Armenunterstützung auf die Höhe des Existenzminimums;
6. Städtische Zuschüsse zu der von den Krankenkassen gezahlten unzureichenden Kranken- und Wöchnerinnen-Unterstützung;
7. Gewährung unentgeltlicher Geburtshilfe in öffentlichen Kranken- und Entbindungsanstalten;
8. Vollständige Kleinkinder- und Schulspeisung durch die Gemeinden;
9. Beschaffung verbilligter Lebensmittel für alle Bedürftigen, d. h., deren Einkommen unter dem Existenzminimum steht;
10. Beschaffung von Notstandsarbeiten.

Vor allem können und müssen die Frauen in den Kontrollausschüssen tätig sein. Als Einkäuferinnen der Lebens- und Bedarfsmittel können die Frauen täglich mit den Händlern in den Läden und Märkten zusammen, sie kennen die täglichen Normalpreise, sie wissen, wo und wann Wucher vorliegt, sie können als Mitglieder des Kontrollausschusses oder mit seiner Hilfe dagegen einschreiten und eine umfassende Bewegung einleiten.

Bei der Arbeit in den Kontrollausschüssen haben die Frauen schon vielfach Erfolge gehabt. Dafür liegen aus verschiedenen Teilen Deutschlands nachahmenswerte Beispiele vor.

Im Ruhrgebiet, in Essen, zwangen die Frauen den Kontrollausschuß, eine Preisherabsetzung durchzuführen. In einer Sitzung des Kontrollausschusses mit Stadtverwaltung und Kaufmannschaft wurde eine Preisliste mit bedeutend ermäßigten Preisen aufgestellt und durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben.

In Kray wurden die Preise mit Hilfe der Frauen vom Kontrollausschuß ermäßigt. Während einer Sitzung des Kontrollausschusses demonstrierten die Frauen in großer Anzahl vor dem Rathaus.

In Hamborn versammelten sich zirka 2000 Frauen vor dem Rathaus; sie forderten und erwirkten die Anerkennung des Kontrollausschusses und eine Preisherabsetzung.

In Thüringen, in Suhl, demonstrierten die Frauen für die Anerkennung des Kontrollausschusses. Dabei hatten sie gegen einen SPD.-Führer zu kämpfen, der in einer vorangegangenen Sitzung der Preisprüfungsstelle sich nicht sehr der Interessen der Arbeiter annahm. Als die Frauen ihm ihre Forderungen darlegten, beschüttete er sie mit heißem Wasser und glühender Asche. Die Frauen stürmten sein Haus und holten den Burschen heraus. Dafür bekamen sie — nicht der Schuft — eine Anklage wegen Landfriedensbruch. Aber der Kontrollausschuß wurde noch am selben Tage amtlich anerkannt und nahm seine Tätigkeit auf.

In Zella-Mehlis haben die Frauen es fertig gebracht, die Milchbelieferung zu zentralisieren. Die Milchhändler waren damit nicht einverstanden, doch konnten sie nichts ausrichten, da der Kontrollausschuß mit Hilfe der Polizei die Milch von der Bahn abholte. Die Arbeiterfrauen begrüßten die billige Milch mit Freuden.

In Erfurt ist es den Frauen im Kontrollausschuß gelungen, die Preise für Lebensmittel, z. B. Salat, Spinat, Kartoffeln, Eier usw. herabzusetzen. In einem Fall hat der Kontrollausschuß Butter, die schon an Händler verkauft war, zurückgeholt und auf dem Markt zu billigerem Preise an die Arbeiterbevölkerung abgegeben.

Ueberall, wo bis jetzt die Kontrollausschüsse tatkräftig gearbeitet haben, erzielten sie auch Erfolge. Es gilt nun, die Bewegung zu verbreitern.

Die Bevölkerung wird sich hinter die Kontrollausschüsse stellen, sobald sie nur erst deren Wirkung sieht. Bei dieser Arbeit müssen die Frauen vorangehen.

Wir rufen die Frauen auf, bei diesem Werk in der angegebenen Weise mitzuhelfen und da, wo es nötig ist, den Männern voranzugehen.

Du sollst nicht töten!

Du sollst nicht töten! So steht es nicht nur in den 10 Geboten, so fordert auch der bürgerliche Staat. Derselbe Staat, der das Massenmorden zu einer nationalen Tugend macht. Derselbe Staat, der es den Wucherern unverwehrt gestattet, durch Steigerung der Hungersnöte Tausende von Proletariern frühzeitig ins Grab zu bringen. Derselbe Staat, der es nicht verhindert, daß räuberische Handlungen den Kindern des Volkes die Milch entziehen und sie dadurch zum Tode verurteilen. Derselbe Staat, der hungernde Proleten nicht nur ins Zuchthaus wirft, sondern auch über den Haufen schießen läßt. Aber unerbittlich ist dieser Staat, wenn eine Proletarierin aus Verzweiflung ihr Kind tötet, das sie glaubt, nicht ernähren zu können. Ein krasser Fall dieser Art wird aus Oesterreich gemeldet. In diesem Falle allerdings erkannten die Geschworenen, daß die Täterin des freien Willens beraubt war, und darum für ihre Handlung nicht bestraft werden konnte. Die Frau hatte ihr Kind mit eigenen Händen erstickt. Die Angeklagte fühlte zum dritten Male, daß sie Mutter werden solle. Das erste Kind war den Weg der vielen Kostkinder gegangen — den Weg zum Friedhof. Das zweite Kind lebt irgendwo und die Mutter muß zahlen. Der Vater gibt nur sehr, sehr wenig. „Warum können Sie den Vater nicht zum Unterhalt jenes Kindes heranziehen?“ fragt man sie. „Ja, der hat ja selber nichts.“ Diese naive selbstverständliche Antwort kommt dem Geschworenenkollegium überraschend.

Nun fühlt sie sich zum dritten Male Mutter. Aber nicht die Frucht der Liebe regt sich in ihrem Leibe, sondern ein Ungeliebter hat sich an ihr vergriffen. Sie sieht den Weg, den die beiden anderen Kinder gehen mußten, die Qualen der Arbeitsunfähigkeit vor sich. Aber der bürgerliche Staat verrammelt ihr den Weg ins Freie. Der schützt das „keimende Leben“ und treibt die Mutter zum Kindesmord.

Daheim sieht man mit scheelen Augen auf ihren „gesegneten Leib“. Nicht so sehr aus prüden Moralbegriffen ist im Proletarierhaus die uneheliche Mutter verpönt. Nein, zum nackten Leben kommt noch eines dazu, für das kein Versorger da ist. Das ist der einfache Grund des Abscheues, den Proletarierfamilien gegen unehelichen Zuwachs haben. Und das junge Weib kennt diese Situation, kennt sie aus früheren Erfahrungen und fürchtet, nun ganz verzagt zu werden. Eine Lüge schafft ihr den Ausweg.

Sie kommt auf die Klinik. Die „schwere Stunde“ wartete auf sie wie auf jede andere Mutter, die, umgeben von liebender Fürsorge, ein „freudiges Ereignis“ erwartet. Aber die viel schwerere Stunde kommt für sie nachher. Mit dem Kind im Arm irrt sie ziellos durch die Straßen der Stadt. Wohin? Der Donaukanal zieht sie an, wie er schon so viele Verzweifelte anzog. Dort erstickt sie ihr Kind mit eigenen Händen, legt es in den Sand und läuft davon. Läuft trotz der Schmerzen, die ihren noch wunden Leib zernagen, läuft, als ob der Böse hinter ihr her wäre.

Bis dahin hat kein Staat und keine Gesellschaft ein Auge für die junge Mutter gehabt. Jetzt aber ist die Stunde des Eingreifens. Die junge Mutter wird ins Gefängnis geworfen, wird auf die Anklagebank gesetzt. „Ich habe aus Verzweiflung gehandelt.“ Die Männer, die da zu richten haben, hören die Geschichte ihres Leidens und sprechen das junge Weib frei.

Mit dem Freispruch über die Kindesmörderin haben sie aber zugleich das „Schuldig“ gesprochen über die heutige Gesellschaftsordnung. Denn diese Ordnung treibt eine Mutter zum Mord an der unschuldigen Frucht ihres Leibes, sie treibt die Menschen in Verzweiflung und Tod. Die bürgerliche Ordnung ist die wahre Kindesmörderin.

Keimendes Leben

Der bürgerliche Staat schützt das „keimende Leben“. Wehe den Sünderinnen gegen §§ 218, 219. Zwar die Wucherer feiern Orgien in der freiesten der Republiken; aber fürchterlich rächt sie die Sittenlosigkeit und Unmoral der Frauen, die keimendes Leben in ihrem Schoße ersticken. Hunger und Elend, Wohnungslosigkeit, die Gewißheit, weder sich selbst noch kommenden Kindern satt Brot beschaffen zu können, zwingt viele Frauen des Proletariats, den unerwünschten Zuwachs zu verhindern. Wo nicht Not der zwingende Gedanke ist, da treibt die Zwangsvorstellung von unerwünschtem Zuwachs zu Handlungen, die die §§ 218, 219 verbieten. Zu hunderten, ja zu tausenden von Fällen werden nun wegen solcher „Verbrechen“ Anklagen erhoben und harte Strafen verhängt. Im allgemeinen trifft solches Geschick nur Proletarierinnen. Die „Damen der Gesellschaft“, die gute Hausärzte zur Verfügung haben und allerhand raffinierte Einrichtungen, für die in einer Proletarierwohnung kein Platz ist, für die auch die erforderlichen Moneten fehlen, sind vor Strafen wegen Verhinderung unerwünschten Zuwachses sicher geschützt. Hier wird das sittliche und moralische Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft nicht verletzt.

Wir reden nicht der Abtreibung das Wort. Was wir verlangen, ist lediglich das Recht der Frau auf ihren Körper. Wir wissen, daß durch die absolute Verhinderung von Geburten das Proletariat nicht gerettet werden kann. Das Kapital ist nicht so sittlich und moralisch, daß es der Familie von kleiner Kopfzahl nicht das Einkommen beschränkte. Im Gegenteil, das Kapital wird den Rückgang der Geburten lediglich benutzen, um das Lohnniveau noch tiefer herabzudrücken.

Als Beweis dafür, daß verzweifelte wirtschaftliche Lage zu dem „Verbrechen“ gegen das keimende Leben den Anlaß geben, einige Fälle:

Im ersteren handelt es sich um die Arbeiterfrau Mathilde B., die Frau eines Invaliden in Hann.-Münden. Der Sachverhalt: Ein aus dem Osten vertriebener Flüchtling kommt nach H.-M. Mit seiner Frau und drei Kindern muß er ein erbärmliches Loch als Wohnung beziehen. Da droht noch Verschärfung der Not. Wieder wird die Frau schwanger. Die Angeklagte läßt sich rühren, aus Menschenfreundlichkeit gibt sie der Schwangeren erbetenen Rat und Hilfe. Aber die Sache hat bösen Ausgang. Der Eingriff kostet der Mutter von drei Kindern das Leben. Sie stirbt an Blutvergiftung. Nun steht die Arbeiterfrau Mathilde B. vor dem Gericht. Die Geschworenen sind milde gestimmt. Sie berücksichtigen die Notlage, billigen mildernde Umstände zu. Aber das Gesetz ist hart. Es verlangt doch, daß auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis erkannt wird — für einen gut gemeinten Liebesdienst.

Der zweite Fall: Auf der Anklagebank sitzen: die Ehefrau G. R. aus Oebisfelde, die unverehelichte J. und der Schachtmeister K. aus Halberstadt. Die erstere soll für Entgelt die Abtreibung im Einverständnis mit den beiden anderen bewirkt haben. Es wird unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Die Angeklagten werden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

„Die Jugend von heute“

Wie oft hört man heute lange Klagelieder über unsere verrohte, unerzogene Jugend. Auch von unaufgeklärten Arbeitern hört man es oft. Alles schimpft über die Frechheit der Kinder und Jugendlichen. Alles spricht: „Wir in unserer Jugend waren anders; wenn wir unseren Eltern so frech gekommen wären, hätten wir ein paar tüchtige Ohrfeigen bekommen.“ Man könnte meinen, sie sehnen sich heute noch danach. Die Erwachsenen denken nicht daran, daß die Jugend von heute reifer ist. Die heutige Jugend hat viel mehr durchgemacht, es gibt wohl auch wenige Kinder von zehn Jahren an, welche nicht die Zeitung lesen. Der Krieg mit seinen Kriegsberichten hat sie dazu angeregt, heute ist es nicht selten der Dollarstand, welcher sie interessiert. Die Not des Krieges mit dem Ansteigen nach Lebensmitteln hat nicht wenig dazu beigetragen, daß die Kinder heute in allem „viel weiter“ sind. Was haben sie nicht alles mit angehört, wenn sie mitten zwischen den Frauen standen. Der verschärfte Kampf zwischen Kapital und Arbeit, die ganzen heutigen Verhältnisse zwingen schon die Kinder dazu, politisch denken zu lernen und die Erwachsenen zu kritisieren. Für uns mußte in der Jugend das, was die Erwachsenen sagten, wahr sein. Ein Zweifel wurde nicht gestattet; auch fragen durfte man nicht, es hieß sofort, das verstehst Du nicht. Unsere Mütter konnten sich wenig um uns kümmern, es wurde für Zeitverschwendung angesehen, die Zeitung zu lesen. Die Schule mit ihren religiösen und monarchistischen Erziehung trug nicht wenig dazu bei, daß die Kinder stumpf und nur darauf bedacht, für sich überall das Beste zu erhaschen, ins Leben hineintraten. In der Lehre wurden sie soviel geohrfeigt, mußten sich so ducken, daß sie nur immer danach strebten, bald auszulernen und sich an ihrem Nachfolger zu rächen. Sich rächen konnten die Jungens — aber die Mädchen? Für diese wurde es noch schlimmer. Von klein auf wurde ihnen, wenn sie einmal lustig und laut waren, gesagt: das paßt sich für ein Mädchen nicht. Gingen die Kinder zur Schule, so konnten die Jungen nach der Schulzeit spielen gehen. Die Mädchen mußten die Kleineren behüten, mußten der Mutter im Haushalt helfen, die Strümpfe, welche die Jungen zerrissen, stopfen. Das ist auch der eigentliche Grund zur politischen Unreife der meisten Frauen. Auch die Männer können sich von der alten Ueberlieferung, daß die Frauen ihnen dienen müssen, nicht freimachen. Selbst diejenigen Männer, welche die Aufklärung der Frauen fordern, können sich nicht ganz davon befreien. Man kann es ihnen nicht übelnehmen, denn was ihnen jahrhundertelang in Fleisch und Blut übergegangen ist, kann nicht so schnell vertrieben werden. An uns Müttern liegt es nun, unsere Kinder gleichmäßig zu erziehen. Wenn das Mädchen wild ist und „weibliche“ Handarbeiten nicht liebt, sagt nicht, das paßt sich für ein Mädchen nicht. Stellt es nicht als eine Schande hin, wenn der Junge Neigung zu häuslichen Arbeiten zeigt. Beschäftigt Eure Kinder nach Neigung und Anlage, nicht nach Art der Geschlechter. Sind sie erwachsen und arbeiten, so verlangt nicht, daß das Mädchen nach Feierabend die Sachen des Bruders (der, von der Arbeit kommend, verlangt, daß alles für ihn bereit ist) in Ordnung bringt.

Ich meine, wir Arbeiter sollten uns nicht über die Frechheit der Jugend ärgern. Gewiß mag es für den einzelnen nicht angenehm sein, von einem Jugendlichen eine respektlose Antwort zu erhalten. Wir müssen aber auch bedenken, daß der Jugendliche nicht die Unterwürfigkeit dem Unternehmer gegenüber hat. Der Knechtsinn, der in uns Alten steckt, der dem Kampf der Arbeiterklasse so hinderlich ist, steckt nicht in den Jugendlichen, die frei aufwachsen, die nicht in Ehrfurcht vor den Erwachsenen erstarben. Wenn die Erwachsenen die Jugendlichen als ihre Arbeitskollegen und -kolleginnen ansehen und behandeln, werden sie bald sehen, da solle Jugendlichen ihnen in all ihren Kämpfen zur Seite stehen.

M. Schw.

Das proletarische Kinderheim an die Weltkonferenz der JAH.

Nachstehender Brief ist anläßlich einer Besprechung der Internationalen Arbeiterhilfe und ihrer derzeitigen Weltkonferenz im Kinderheim der russischen Genossenschaften im Thüringer Walde von den Kindern selbst geschrieben:

Tambach, den 14. Juni 1923.

An die Weltkonferenz
der Internationalen Arbeiterhilfe
im Reichstag.

Ihr lieben Genossen und Genossinnen!

Wir senden Euch die herzlichsten Grüße aus dem ersten proletarischen Kinderheim in Deutschland, welches von den russischen Genossen gestiftet ist. Das russische Proletariat weiß, in welcher Not das deutsche Proletariat ist. Auch die deutschen Arbeiter und die Arbeiter der ganzen Welt haben den russischen Genossen geholfen in seiner großen Hungersnot. Da haben sie Geld und Werkzeug gesammelt und den russischen Arbeitern ihre Solidarität gezeigt.

Unsere russischen Brüder veranstalten deshalb Sammlungen. Erstens schickten sie Getreide ins Ruhrgebiet, damit die streikenden Arbeiter unterstützt würden. Die russischen Genossenschaften haben auch eine Sammlung veranstaltet. Diese Sammlung brachte 1000 Pfund Sterling (ca. 500 Millionen Mark). Von diesem Geld wurde ein Kinderheim errichtet, worin wir uns jetzt befinden.

In dem Kinderheim gefällt es uns sehr gut. Wir bekommen gutes Essen und jeder schläft allein in einem weißen Bett. Wir haben in der Woche mehrmals Diskussionsabende. Beim schlechten Wetter machen wir Ausflüge und beim schlechten Wetter machen wir Handarbeiten. Wir hätten aber noch sehr gern einen schönen großen Spielplatz. Auch Turngeräte fehlen uns noch. Diese kosten aber alle soviel Geld. Unser Garten ist noch viel zu klein; unsere kleinen Genossen laufen gern zum Tor hinaus und zertreten den Bauern das Gras. Dadurch bereiten sie den Bauern und den Helferinnen großen Kummer. Das alles würde aufhören, wenn wir einen größeren Spielplatz hätten. Deshalb bitten wir die Reichstagsversammlung, sich damit zu befassen, auch dem proletarischen Kinderheim ein Turnzeug beschaffen zu wollen. Wir Kinder aus dem proletarischen Kinderheim grüßen Euch und rufen:

Die internationale Arbeiterhilfe lebe hoch, hoch, hoch! Die Kindergenossen aus Dortmund, Barmen und Elberfeld.

Die Frau Direktor

Von Isa Strasser (Moskau)

Genossin Agrafina Kochanowa, Direktor der Flachsspinnerei und Weberei in Kochana, einem Dertlidorf, acht Werst von dem Industriestädtchen Iwanowowosnessensk entfernt, erwartet uns am Eingang ihrer Fabrik. Sie ist eine große korpulente Frau, etwa Mitte der Dreißiger, mit kurzgeschnittenem blonden Haar, derben bäuerlichen Zügen und überaus einfacher Kleidung. Wir durchschreiten den Hof, der durch die peinliche Ordnung, mit der dort Holz, alte Eisenteile usw. beiseite geräumt und aufgeschichtet sind, auffällt, und treten in die Spinnerei ein, in der ungefähr 800 Arbeiter, meist Frauen und Mädchen, beschäftigt sind. Mit demselben mütterlichen Stolz, mit dem andere Frauen ihre wohlgeratenen Kinder vorführen, zeigt uns Agrafina Kochanowa ihr Werk, erklärt uns die Maschinen, prüft die Produkte mit kundiger Hand, packt auch wohl selbst an, um irgend einen Mechanismus zu erläutern. Es ist tatsächlich ihr Werk, dieser stottlaufende Betrieb, der täglich so und so viel Ballen fester reiner Leinwand erzeugt. Die Fabrik war in einem trostlosen Zustand, als Genossin Kochanowa sie übernahm. Die Maschinen reparaturbedürftig, die Einrichtung verwahrlost. Kein Mann hatte Lust, die Aufgabe zu übernehmen. Als jedoch in der Gewerkschaftssitzung fast scherzhaft jemand die Bemerkung machte: „Nun, so soll es die Genossin Kochanowa damit versuchen“, erklärte sie: „Ich tu's“. „Da kam mir nicht darauf an, Direktor zu werden,“ so versicherte sie uns, „aber ich wollte den Männern zeigen, daß eine Frau auch organisieren, auch leiten, ja daß sie das unter Umständen besser kann, als manche von ihnen.“

Und so hat es gezeigt. Als sie ihr Amt antrat, fehlte es an Holz. Sie ging in den Wald und holte es selber. Bald taten es die Arbeiter ihr nach. Es war kein Torf da. Die zuständige Stelle versprach, ihn zu liefern, schickte aber dann nur die Hälfte von dem, was sie zugesagt hatte. Agrafina Kochanowa fackelte nicht lange, sondern organisierte die Torfgewinnung auf eigene Faust. „Ich versuche, aus nichts etwas zu machen,“ erklärte sie selbstbewußt. Als sie ihr Amt antrat, war die Arbeitslust der Arbeiter gering, die Disziplin locker. Sie ließ den Arbeitsvertrag sichtbar in allen Räumen der Fabrik anschlagen, damit jeder weiß, was er für Rechte und Pflichten hat und „man sich nicht betrogen fühlt,“ wie sie sagt. Sie verstand es, in kurzer Zeit sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben und sie zu pünktlicher, gewissenhafter Arbeit zu veranlassen. „Wir müssen noch nie mit einem Konflikt vor das Schiedsgericht gehen,“ erklärte sie mit Befriedigung. „Ich tue für die Arbeiter, was ich kann. Aber ich schaue auch darauf, daß die Produktion nicht leidet.“

Genossin Kochanowa, die bis vor kurzem nicht lesen konnte, hat als Gehilfen einen Ingenieur, einen freundlichen alten Herrn, der neben ihrer robusten Erscheinung fast weiblich wirkt. Er führt uns durch die Weberei, die momentan außer Betrieb ist, weil es schon nach vier Uhr ist, und erklärt uns die Maschinen, von denen viele aus Deutschland, mehrere aus England stammen, einige aber auch schon neue einheimische Produkte sind. Seit Agrafina Kochanowa die Fabrik leitet, also seit September 1922, ist die Produktion um 96 Prozent gestiegen. Beim Hinausgehen weist uns Genossin Kochanowa auf einen Haufen Flachs, der hinter einem Fenster liegt. „Es ist nicht

An die Betriebszellenarbeit!

Trotz des einmütigen Beschlusses des Zentralausschusses und einer Serie Artikel über die Betriebszellen wird die organisatorische Umstellung der Partei viel zu vorsichtig, langsam und unentschieden verwirklicht. Die ganz natürlichen konkreten Schwierigkeiten, welche bei jeder organisatorischen Umstellung sich ergeben, der organisatorische Konservatismus und der Mangel der Ueberzeugung, daß es wirklich notwendig ist, tragen dazu bei. Man bekommt den Eindruck, daß viele Genossen noch bis zum heutigen Tage im Stillen denken, daß unruhige Geister aus der Parteizentrale das unternommen haben, um organisatorische Experimente zu machen. Da angebliche Fraktionsansätze bei uns doch schon in den großen Betrieben vor einiger Zeit geschaffen worden sind, muß man nur etwas die begonnene Arbeit vertiefen und verbessern, dann wird alles klappen. Die politische Notwendigkeit, die Partei neuen, viel größeren Aufgaben organisatorisch anzupassen, wird ganz aus den Gesichtspunkten verloren. Diesen politischen Ursachen des organisatorischen Umbaus will ich meinen Bemerkungen widmen.

1. Die KPD. muß eine arbeitende Partei werden. Nicht nur die Ortsleitungen oder die verantwortlichsten Funktionäre können jetzt, wie es bisher der Fall war, die Arbeit allein oder mit Unterstützung schmaler Parteimitgliederkreise durchsetzen. Die Gärungen in den proletarischen Massen, die steigende Not, der Zerfallprozeß der Wirtschaft, die Kapitulation des Bürgertums und der VSPD. vor Poincare, alle diese Tatsachen rollen wieder einmal vor den breitesten proletarischen Massen alle ökonomischen politischen Fragen auf. Die Gesamtpartei, jedes Mitglied muß die Arbeit mitmachen. Der Kommunist hat nicht nur sein Parteibuch, wie der SPD.-Arbeiter, und wählt kommunistisch, sondern er muß sich unbedingt auf einem wichtigen politischen Posten als Vertreter seiner Partei im Betriebe fühlen. Er ist im Betriebe nicht nur ein Lohnsklave, sondern ein politischer Kämpfer. Die Taktik der Partei, der Kampf um die Einheitsfront wird hier im Betriebe erprobt und hier an Ort und Stelle durchgesetzt. Wir werden niemals die proletarischen Massen zusammenfassen, wenn wir nicht als Gesamtpartei in den Betrieben direkt diese Arbeit durchzusetzen lernen.

3. Dementsprechend muß unsere ganze Propaganda geändert werden. Die Vorträge in den Mitglieder- und Funktionärversammlungen klären unsere Parteimitglieder auf. Sie sagen, was ist, aber sagen noch nicht, wie man es weitergeben soll. Die wichtigste Frage in dem Beginnen der Massenbewegung ist nicht, am was zu agitieren, sondern wie zu agitieren.

Der beste, überzeugteste Genosse kann den plumpsten Trick eines Nationalsozialisten oder auch eines sozialdemokratischen Führers nicht parieren, wenn er nicht in seiner Partei lernt, wie er sich der Psychologie seiner Betriebskollegen anpassen soll, wie er die Propaganda treiben soll. Diese konkreten Anweisungen aber kann unser Parteimitglied nur in seinen Betriebszellen bekommen. Hier rollt er die ganzen konkreten Fragen auf, welche ihm gestellt werden. Hier bekommt er die Antworten, welche er weiter ausnützen und verwerten kann. Damit wird aber eine neue Verbindung nicht nur zwischen mündlicher Propaganda und den Betrieben geschaffen, sondern auch mit der Schriftlichen. Die Betriebszellen der Großbetriebe müssen ihren beständigen Platz in der kommunistischen Presse haben. Dort werden die sozialen, ökonomischen, parteilichen Abspiegelungen des Lebens im Betriebe ihren Ausdruck bekommen. Auch das kulturelle Leben, wie Dichtungen, Gedanken, Fragen des Betriebes, müssen hier ihre Abspiegelung bekommen. Dem allen muß nicht weniger Aufmerksamkeit wie einem Parlamentsbericht geschenkt werden.

3. Wenn die Massenpartei nur durch eine solche erweiterte und vertiefte Arbeit in den Betrieben geschaffen werden kann, so bekommt die Partei in ihre taktische Linie viel mehr Sicherheit und Ueberzeugung, weil die Stimmung der Arbeiterschaft, ihre Schichtungen, parteipolitische Umgruppierungen, schneller, sicherer klarer festgestellt werden können. Die Partei wird durch die Betriebszellen gleichzeitig eine Partei der Aktion. Jeder Befehl der Partei, jeder Beschluß, bekommt eine hundertfach gestiegene Bedeutung. Die Betriebszelle bringt sie direkt in die Massen. Sie erprobt sie und verwirklicht sie. Sind Modifizierungen, kleine Abänderungen in der Kampagne oder in der Aktion notwendig, teilen sie die Betriebszellen unmittelbar den Parteileitungen mit, und die Partei kann sie schnell in abgeänderter Form den Betrieben zurückschicken. Die Betriebszellen sind die Telephondrähte, welche die unmittelbare lebendige Verbindung einer wirklich arbeitenden Massenpartei mit den breiten Massen schafft. Die Betriebe sind unsere Burg. Die Einstellung der Arbeiter, daß das Leben erst nach der Arbeit beginnt, ist eine schändliche, bürgerliche Einstellung; das ist die Stimmung eines Lohnsklaven. Der kämpfende Arbeiter weiß, daß sein Leben im Betriebe vergeht, und dort muß er seine ökonomische und politische Arbeit führen. Die steigende Not, die Erschöpfung der Arbeitermassen Deutschlands, die Gefahren, daß der Achtstundentag beseitigt wird, betonen mit erneuter Kraft, daß nur mit Uebertragung der ganzen politischen Arbeit in den Betrieben man die Sicherheit haben kann, daß man wirklich die Massen erfassen wird. Außerhalb des Betriebes wird wenig Kraft und Zeit der Arbeiter für das politische Leben übrig bleiben. Es ist kein Zufall, daß gerade in der Situation rapid steigender politischer Aufgaben so die KPD. die führende Partei der breiten Massen werden muß, sie noch eine Reihe neue organisatorische Aufgaben ihren Leitungen aufgehalst hat. Die Betriebszellen als organisatorischer Grundstein der Partei bleiben ein abstraktes Prinzip, ein theoretischer Grundsatz, ehe die Partei nicht gezwungen ist, durch die steigenden politischen Kämpfe sie rücksichtslos mit allen Mitteln durchzusetzen. Die KPD. ist bei diesem Stadium angelangt. Will sie unbesiegbar werdenden, muß sie es jetzt durchsetzen. Und gerade jetzt, am Vorabend großer Kämpfe, wo die Partei schon sehr wenig Zeit hat, muß mit der größten Energie und Spannung herangegangen werden. Die bürgerliche Reaktion und ihre faszistischen Gesellen können einzelne Führer töten, einzelne Organisationen, ganze Ortsgruppen der Partei auflösen, in die Illegalität stoßen, die Betriebszelle aber, die Seele der Partei, mit ihren verzweigten und intimen Verbindungen mit den proletarischen Massen, sie wird unsterblich. Nur auf diesem Wege kann die Partei ihren politischen Aufgaben und den harten Kampfverhältnissen gewachsen sein.

Betrieb - Gewerkschaft

Der Artistenstreik

Die Artisten Deutschlands sind in den Ausstand getreten. Man merkt nicht viel in der breiten Oeffentlichkeit von diesem Streik, der in Breslau die drei größten Lokale, nämlich das Liebich-Kabarett, das Kabarett Kaiserkrone und das Kabarett Bonbonniere berührt. Die Künstler (ohne Anführungsstriche! wie es in der verleumderischen Annonce der Unternehmer zu lesen steht) lassen es sich nicht nehmen, selbst Streikposten zu stehen, und das Publikum aufzuklären.

In dieser Annonce, die eine bodenlose Gemeinheit gegen die zur Zeit in Breslau engagierten Artisten (wegen indiskreter Nennung von Gagen einzelner Künstler) darstellt, sind Riesengagen von 800 000 bis 3½ Millionen Monatsgagen verzeichnet. Die Forderungen der streikenden Artisten bestehen in einer Teuerungszulage von durchschnittlich 50 Prozent der bestehenden Gagen. In Anbetracht des Umstandes, daß diese Gagen bei einem Dollarstand von 20 000 Mk. festgelegt wurden, (heute ein Dollar gleich 152 000 Mk.), müssen wir diese Forderung als äußerst bescheiden bezeichnen. Wir müssen bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß gerade die kleineren Stablissements, die ohnehin schon schwer um ihre Existenz ringen, die Artistenforderungen bereits bewilligt haben (z. B. Dominikaner und Zeltgarten).

Die Streikleitung hatte zu der heutigen Vollversammlung der Artisten die Presse geladen. Herr Laurence teilte in einem eingehenden Referat folgendes mit:

„Bisher bestand ein Tarif, der den Artisten 85 Prozent der Reichsindexziffer als Mindestgage gewährte. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Indexziffer, die die Grundlage der Mindestgage bildete, immer 6 Wochen zurücklag. Bei der heutigen sprunghaften Teuerung ist das ohne weiteres ein ungeheurer Betrug, wenn die Direktoren dem darob erstaunten Publikum mitteilen, daß die Gage automatisch mit dem Index sich erhöht, und infolgedessen das Existenzminimum sichergestellt sei. Die Mindestgage für Breslau betrigt für Juni 1923 299 250 Mark. Das ist also bedeutend weniger, als der Lohn eines ungelernten Arbeiters, der keinerlei Aufwand zu treiben hat.

Um die traurige Entlohnung der Artisten zu kennzeichnen, müssen wir einen Artisten mit 5facher Mindestgage, das sind rund 1,5 Millionen monatlich herausgreifen.

Seine Gage beträgt 1 500 000 Mark. Davon gehen ab: 1. Steuer (40 Prozent Ermäßigung) 90 000 Mark, Zimmermiete (denn seine Familie wohnt außerhalb) 90 000 Mark, Reisespesen (nur 500 Kilometer bezahlt die Direktion) 100 000 Mark, Agenturprovision (5 Prozent für Vermittlung des Engagements) 75 000 Mark, Kostümaufwand (ein Artist braucht jährlich drei neue Kleider, die aus einem ersten Atelier stammen müssen, da der Künstler sonst nicht engagiert wird) 20 000 Mark, Bühnenwäsche und Waschgeld 120 000 Mark, seidene Strümpfe (Baumwolle ist natürlich unmöglich) 80 000 Mark, Reklame in Fachzeitungen mindestens 60 000 Mark, 100 Offerten an die Direktoren, Klischees und Photos 100 000 Mark, Tantiemen an Komponist und Verfasser 150 000 Mark.

Aus dieser Rechnung sehen wir, daß ein relativ gut bezahlter Artist, wenn er in einem guten Lokal auftreten will, 885 000 Mark an sachlichem Aufwand braucht. Mit dem Rest von 615 000 Mark muß er seine Familie unterhalten. Er ist, da er in jedem Monat in einer anderen Stadt lebt, auf das wahnwitzig teure Restaurantessen angewiesen. Da ferner die Artisten selten mehr als 9 Monate, aber meistens nur 6 bis 7 Monate im Jahre ein Engagement haben, sind sie gezwungen, hohe Gagen zu fordern; denn daß sie nicht alle zwei Monate Erwerbslosenunterstützung beziehen können, liegt auf der Hand. Außerdem hat ein Artist, ein Künstler also, andere Lebensbedürfnisse, als die anderen Proletarier in Fabrik und im Büro. Zu seiner geistigen Fortentwickelung braucht er ein gewisses luxuriöses Milieu, ebenso wie es die Proletarier, die auf der Schauspielbühne stehen, wie alle Schriftsteller, Komponisten und bildende Künstler von Zeit zu Zeit benötigen.

Die Breslauer Direktionen von den Etablissements Kaiserkrone und Bonbonniere waren anfänglich geneigt, den Forderungen der Artisten nachzugeben. Aber der Herr Direktor Philipp Lesing verpflichtete die genannten Unternehmer (bei Androhung einer Konventionalstrafe von 10 Millionen Mark), um keinen Preis zu bewilligen. Herrn Stössels Unternehmen, das er z. Z. an eine Operettengesellschaft verpachtet hat, gehört nämlich einem Trust an, der neun Etablissements in Deutschland umfaßt. Dasselbe, was wir schon an der Großindustrie wahrnehmen, nämlich die Vertrustung, tritt auch bei Varietees und Theatern ein. Die Direktoren wollen sich, wie überall, auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern. Die Eintrittspreise und die Preise auf den Speisekarten sind seit 1. Juni um 100 Prozent erhöht worden. Die bescheidenen Forderungen der Artisten, die nur 50 Prozent verlangen, werden abgelehnt. Die Direktoren fahren zu den Verhandlungen nach Berlin im Schlafwagen, die Artisten müssen 3. Klasse Reisen von 1000 Kilometer machen. Die Artisten werden in Annoncen verleumdet, ihr Künstlertum durch Anführungsstriche bezweifelt.

Die Artisten werden diesen Kampf bis zum letzten Punkt durchfechten, und sie werden ihn gewinnen; denn mit ihnen sind die Sympathien des gesamten Publikums. Die Artisten appellieren an die Solidarität aller Mitproletarier. Und sie sind gewiß, daß alle Proletarier sich restlos an ihre Seite stellen.

Ein charakteristisches Beispiel der Arbeitersolidarität in Rußland

Aus folgender Mitteilung des russischen Verbandes der Arbeiter, die auf dem Gebiete der Kunst tätig sind, geht als charakteristisches Beispiel hervor, wie die russischen Arbeiter ihren kämpfenden Brüdern aktiv zu Hilfe eilen:

Es handelt sich um einen Streik der Zirkusarbeiter, den der Verband in einer fernen sibirischen Stadt (Semipalatinsk) proklamiert hat. Anlaß zum Streik gab die kategorische Weigerung des Zirkusbesitzers Berroni-Willy, einen Kollektivvertrag mit dem Verbande abzuschließen.

Berroni-Willy erklärt dem Streikkomitee, daß er mit Hilfe seiner eigenen aus sieben Personen bestehenden Familie arbeiten werde; gleichzeitig begann er die weniger klassenbewußten Zirkusarbeiter zu bewegen, Streikbrecherdienste zu leisten. Aber alle Versuche Willys, den Streik abzubrechen, waren vergebens, da sämtliche proletarische Organisationen den Verband auf alle mögliche Weise unterstützten. So forderte der Verband der Buchdrucker seine Mitglieder auf, anläßlich des Streiks unentgeltlich Flugblätter und entsprechende Aufrufe anzufertigen. Der Verband der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter nahm im Zirkus den Fernsprechapparat ab und stellte dem Zirkusbesitzer keine Korrespondenz zu. Die Generalversammlung der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes und des Nahrungsmittelverbandes sowie einzelne Betriebe nahmen Resolutionen an über die Unterstützung der Streikenden. Der Zirkus wurde vom Publikum boykottiert. Den Streikenden wurde während der ganzen Zeit der Arbeitsniederlegung Unterstützung gewährt.

So mußte schließlich der unnachgiebige Unternehmer nachgeben.

Proletarier aller Länder, lernt etwas von diesen Arbeitern des entfernten Semipalatinsk.

Aus Breslau

Zum Streik der Breslauer Artisten

Als Erwiderung auf das Inserat der Kabarettdirektoren, das auch in der „Volkswacht" veröffentlicht war, wird uns von der Artisten-Streikleitung mitgeteilt:

„Die Aufklärung der Direktoren an das Publikum entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Es ist nicht wahr, daß den Artisten überall eine Konsumermäßigung von 35 Prozent gewährt wird. Nur in einem Falle trifft dies für Breslau zu. Es ist nicht wahr, daß die Artisten mit Mindestgagen engagiert werden, die sich automatisch mit dem Reichsindex erhöhen. Die meisten Direktoren lehnen Verträge nach Mindestgagen ab. Beweis: Herr Direktor Lesing erklärte selbst in der Nachmittagsitzung am Sonnabend, daß er der einzige Direktor in Deutschland sei, welcher noch nie nach Mindestgagen abgeschlossen, sondern stets die Artisten mit festen Summen engagiert hat. Es ist nicht wahr, daß die Streikleitung es abgelehnt hätte, den wirtschaftlich Schwachen mit kleinen Bezügen prozentual mehr Zulage zuzuerkennen als den Artisten mit großen Gagen. Die Streikleitung in Berlin schlug eine Gageneröhung von 12½ bis 50 Prozent vor, welche von den Direktoren als unmöglich abgelehnt wurde. Die Direktoren haben auf diese Forderung hin die Verhandlungen ihrerseits abgebrochen. Die Direktoren haben es entgegen ihrer Behauptung in ihrem Zeitungsinserat bisher unterlassen, die gesetzliche Stelle anzurufen, scheinen also bisher nicht bereit sich einem gesetzlichen Schiedsspruch zu fügen. Die ungerechtfertigte Stellungnahme der Direktoren wird gekennzeichnet durch ihre Ankündigung, dem Publikum keine weiteren Mitteilungen über den weiteren Verlauf des Streiks zukommen zu lassen."

Im übrigen verweisen wir auf die Rubrik: „Aus Gewerkschaft und Betrieb", unter welcher der Artistenstreik ausführlich behandelt wird.

Streikpoesie

In der „Schlesischen Zeitung" verst „Theodor" wie folgt:

Streik.

Für die sozialistische Empfindung
Ist Tarifbruch keine Ueberwindung,
Ausschlag gibt das Parteiinteresse,
Wer vertragstreu, kriegt eins in die Fr...
Dieser Standpunkt, unbesorgt und heiter,
Gilt beim Streik der roten Landarbeiter,
Die bei Leibe sich nicht davor grauen,
Daß Milliarden auf dem Feld verfaulen.
Dies geschieht, indem es ringsum wettert
Und der Dollar hoch zum Himmel klettert.
Deutschland läßt er, sich mit Stolz empfehlend,
Unter sich in seinem roten Elend.

Dieses Bekenntnis einer schönen Junkerseele hat leider den Mangel der Unvollständigkeit. Wir beauftragten daher einen reimgewandten Scherlehrling, das Gedicht um einige Strophen zu verlängern. Er hat sich seiner Aufgabe wie folgt erledigt:

Dollar 160 — kann nicht schrecken —
Schrauben wir den Weizen höher.
Mag das Gesindel in der Stadt verrecken
Das dauernd streikt
(Statt frohen Herzens Heringsschwanz zu lecken)
Doch die Zeiten werden immer triester,
Streiken doch die roten Biester
Nicht nur in der Stadt
Nein, auch auf dem Lande
Streikt die gottverfluchte Bolschewistenbande.
Barlohn woll'n sie, höhere Löhne,
Bei 3000 Morgen — hast du Töne?
Hat so'n Rittergut dann noch Interesse,
Wenn's nicht langt für Saufen, Fressen, Jeu
und die Maitresse?
Mag der Weizen auf dem Feld verfaulen,
Nur nicht bange machen, nur nicht grauen.
Wenn sie streiken, statt parieren:
Vorwärts Orgesch! Füsilieren, füsilieren,
Blaue Bohnen für das Pack,
Flintenschuß und Säbelschlag —
Wenn sie dann noch Hunger schrein —
Grenzen auf und Polen rein!

Achtung! Genossen der L.-H.-W.!

Die nächste Fraktions-Versammlung findet nicht Freitag, sondern bereits morgen, Donnerstag, den 21. Juni, 7 Uhr, im Lokal Zedlitz Berliner Straße 82, statt.

Die Volksberatungsstelle im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) ist im Monat Mai von 621 Personen, 328 Männern, 293 Frauen besucht worden. Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: Städtische Angelegenheiten verschiedener Art 251, Arbeiterversicherung 22, Angestelltenversicherung 4, Arbeits- und Dienstvertrag 10, bürgerliches Recht 254, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 33, Strafrecht 27, Privatversicherung 1, Handels- und Gewerbesachen 7, Verschiedenes 2. Außerdem wurden 30 Schriftsätze angefertigt und in 74 Fällen Auskunft auf fernmündliche Anfragen erteilt. Die Volksberatungsstelle ist werktäglich von 8 bis 2 Uhr geöffnet.

Aus der Provinz

Felshammer. Den Hauseinsturz benützen die Hausbesitzer zur Propaganda für höhere Mieten. Der Mieterschutzverein tritt diesem unverschämten Treiben durch folgende Zuschrift entgegen:

„Das Unglück ist geschehen; wie es geschehen konnte, wird die Untersuchung ergeben. Gewiß ist, daß die Mieter des Hauses schon des öfteren auf das bevorstehende Unglück aufmerksam gemacht haben. Die Baukommission hat besichtigt, beraten, auf den Zustand des Hauses aufmerksam gemacht und — das Haus ist eingestürzt, das Unglück ist geschehen.

Nicht nur in Felshammer, auch in anderen Orten sind vielfach Häuser dem Einsturz nahe. Werden nun endlich die Gemeindebehörden die Hausbesitzer zur Vornahme der notwendigen Reparaturen zwingen? Wie steht es in den Gemeinden mit der Einrichtung der Mieterschiedsstellen nach § 6 des Reichsmietengesetzes? Wie stellt sich der Herr Landrat zu den Gemeinden, die es auch heute noch ablehnen, die Mieterschiedsstellen einzurichten? Sollen vorerst noch weitere Unglücke geschehen? Jahrelang haben die Hausbesitzer die Häuser bewußt dem Verfall durch den Reparaturstreik zugeführt, ohne daß die Behörden eingegriffen haben. Ganz offen hat die Hausbesitzerpresse den Verfall der Häuser den Mitgliedern empfohlen. Die Häuserspekulation steht auch heute noch in voller Blüte. Die Häuser wechseln fortwährend ihre Besitzer. Millionen und Milliarden werden durch die Grundstücksschieber und Häuserhändler verdient und keine Regierung legt diesen Vampiren am deutschen Volksvermögen das Handwerk. Freudestrahlend jubelte die Hausbesitzerpresse beim Bodensperrgesetz, daß die Bestimmung gefallen ist, wonach die Gemeinden das Vorkaufsrecht erhalten sollten. Dadurch haben die Rechtsparteien dieses Gesetz wertlos gemacht. Die Giftzähne sind ihm ausgebrochen worden. Mieter, vergeßt das nicht!

Dieser Hauseinsturz bildet für die Hausbesitzer einen willkommenen Anlaß, um die Mieterschaft für den Verfall der Häuser verantwortlich zu machen. Nein, nicht die Mieter sind an den schadhaften Dächern, qualmenden Oefen, den verfaulten Fußböden usw. schuld, sondern die Hausbesitzer. Denn diese Reparaturen sind alle nicht heut und gestern entstanden, sondern liegen schon vielfach Jahrzehnte zurück. Wie oft haben die Mieter den Besitzer des Hauses auf die Schäden aufmerksam gemacht, als diese noch klein waren; die Vornahme der Reparatur wurde abgelehnt. Jetzt gehen diese Reparaturen in die Hunderttausende und die Mieterschaft muß nun dafür bluten! Das verlotterte Privateigentum des Hausbesitzers soll mit dem Gelde der Mieterschaft instand gesetzt werden, damit es der Besitzer alsdann mit Millionengewinnen verkaufen kann. Nach wie vor hat der Hausbesitzer die Reparaturpflicht, daran ändert auch das Reichsmietengesetz nichts. Die Mieter tragen heut bereits alle Lasten des Hauses, sollen dieselben vielleicht auch noch restlos die Reparaturlasten übernehmen, damit der Besitzer beim Verkauf mühelos den Gewinn einstreichen kann?

Das Unglück in Felshammer wird wohl endlich den Gemeindebehörden die Augen geöffnet haben, wohin der Reparaturstreik der Hausbesitzer führt. Wenn sich die Gemeindebehörden nicht mitschuldig an kommenden Unglücken machen wollen, dann fest zugegriffen, und in den Fällen, wo sich der Hausbesitzer weigert, notwendige Reparaturen auszuführen, muß die Gemeinde dem Hausbesitzer das Verfügungsrecht über das Haus entziehen und das Enteignungsverfahren anwenden.

Langenbielau. Oeffentliche Volksversammlung. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich eine am 15. d. Mts. stattgefundene Volksversammlung der Kommunistischen Partei. Der große Saal bei Dinter war schon lange vor der Zeit überfüllt, viele, keinen Platz mehr findend, mußten wieder umkehren. An Stelle des Genossen Hamann übernahm das Referat der Genosse Gärlich-Breslau. Obgleich kein berufsmäßiger Redner, entledigte er sich seiner Aufgabe gut. Er schilderte unter anderem die Gefahren, die uns von seiten des Kapitalismus und der Faschisten drohen und kam zu dem Schluß, daß wir diese Gesellschaft nicht allein mit dem Stimmzettel, sondern mit den Mitteln und Waffen bekämpfen müssen, die sie gegen uns anwenden. In der darauffolgenden Diskussion wurde stürmisch die sofortige Bildung von Kontrollausschüssen und proletarischen Hundertschaften gefordert. Anschließend daran hielt der Genosse Reichel einen Vortrag über das Thema: Die Gewerkschaften von heute, was sie sind und was sie eigentlich sein sollten. Einer besonders unfähigen Führung erfreut sich der DTV., denn es ist ein Skandal, daß heute, nach 14 Tagen Streik, die Leute noch nicht einen Pfennig Unterstützung erhalten haben. Auch die „Technische Nothilfe" nahm er gehörig unter die Lupe. An der Hand von Beweisen zeigte er, daß diese Einrichtung, die jeden Kampf der Arbeiter unwirksam machen soll, ihr Bestehen der Sozialdemokratie verdankt. Er verlas ein Dankschreiben an die Technische Nothilfe, unterzeichnet von dem Oberbefehlshaber in den Marken Gustav Noske. Noch im vergangenen Jahre hat die SPD. für diese Streikbrecher-Gesellschaft 30 Millionen Mark bewilligt. Erfreulicherweise wehren sich die Arbeiter überall gegen die Gesellschaft, so, daß die gegenwärtig in Peilau eingesetzte Teno bereits eine gründliche Abreibung erhalten hat. Genosse Reichel schloß seine Ausführungen mit dem Appell: Wacht auf, Verdammte dieser Erde.

Die überaus lebhafte Diskussion bewegte sich ganz im Sinne des Gesagten. Die Gegner hatten es vorgezogen, zu Hause zu bleiben. Wir können wiederum nicht umhin, unserer Verwunderung Ausdruck zu geben über einen Vorfall, der sich abgespielt hat anläßlich des Radfahrfestes in Reichenbach. Es war ein bürgerlicher Verein, der hier feierte, deshalb regen wir uns nicht weiter auf darüber, daß die Musikkapelle durch ein paar hingeworfene Tausendmarkscheine von den Insassen eines Luxusautos dazu animiert wurde, „Deutschland über alles" und „Heil dir im Siegerkranz" zu spielen. Aufgefallen ist uns lediglich dabei, daß in diesem Wagen nicht nur der erste, sondern auch der zweite Bürgermeister, der sozialdemokratische besoldete Stadtrat Schönwälder saß. Wir fragen: Was hat dieser Mann da zu suchen? Was bewog ihn, die Veranstaltungen der Arbeiter-Radfahrer in Peilersdorf usw. zu ignorieren und grade an dieser bürgerlichen Feier teilzunehmen? Arbeiter, prüft diesen Fall und denkt einmal darüber nach, ob es der einzige seiner Art ist! Verlangt ihr angesichts der überhandnehmenden Teuerung die Wirtschaftsbeihilfe, wird sie von Euren Führern abgelehnt mit der Begründung: Wenn wir es werden für notwendig erachten. Wollt Ihr Kontrollausschüsse bilden zur Bekämpfung des Schiebertums und des Wuchers, so sabotieren sie das, indem sie hinauslaufen. Am Platze bleiben und fest stehen sie nur, wenn sie gemeinsam mit den Bürgerlichen ihr Deutschland über alles singen können. Kurzum, die Versammlung hat bewiesen, daß die Massen, wenn auch nur langsam und vielleicht noch etwas unklar, doch endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß es einzig die Kommunistische Partei ist, die sich entschieden gegen die weitere Verelendung der Arbeiterschaft wendet. An dieser Stelle möchten wir auch dem Landtagsabgeordneten Josef Lang unsern Dank aussprechen. Hetzen Sie nur immer so prächtig weiter, wir gedeihen dadurch prächtig!

Parteigenossen!

Die gesamte Parteiorganisation, alle **Betriebsfraktionen** sind auf die Werbewoche vom 23.—30. Juni einzustellen.

Bereitet die Werbewoche vor!

Kinderelend in Schlesien

Aus Oppeln wird uns geschrieben:

„Anläßlich eines amtlichen Betteltages für die notleidenden Kinder veröffentlichen die hiesigen „Oppeler Nachrichten" Elendszahlen. Wir entnehmen folgendes: Es werden gebraucht 106 Volksschulklassen. Vorhanden sind nur 60 Volksschulklassen, weil ein Teil heut noch von Verwaltungen in Anspruch genommen werden. Daß das hiesige Zentrumsstadtparlament durch die Heranziehung von Verwaltungen selbst die Schuld zum größten Teil trägt, verschweigt das Blättchen schamhaft. Oppeln muß doch „Provinzialhauptstadt" werden und sei es selbst auf Kosten der Gesundheit der Volksschulkinder. Allein die heutige überaus schöne Hilfsschule mit 150 Kindern soll in den nächsten Tagen geräumt werden und dafür wird das Provinzialschulkollegium mit 18 Beamten hineingesetzt. Oppeln zählt 5000 Volkskinder und davon sind:

187 Kinder kurzsichtig, 66 Kinder schwerhörig, 1220 Kinder skrofulös, 63 Kinder lungen- und schilddrüsenkrank, 23 Kinder haben Mittelohrvereiterung, 10 Kinder sind epileptisch, 10 Kinder mit Krätze behaftet, 42 Kinder sind verkrüppelt und 66 Kinder leiden an Sprachfehlern.

Jedes 3. Kind ist demnach krank!

Angesichts dieser Zahlen wagt man den Proletarier mit Papierblumen auf der Straße anzubetteln um mit diesen Bettelgeldern diesen kranken Kindern zu helfen. Proleten, Frauen, wacht auf und macht dem Elend ein Ende, indem Ihr diese Leute mit dem vollen Magen und vollen Schüsseln zum Teufel jagt. Erst dann wird es besser!

— **Das Amtsblatt als Publikationsorgan des Kriegervereins.** Entgegenkommend, wie unsere Stadt-Verwaltung ihren bürgerlichen Freunden nun einmal ist, veröffentlicht sie (Wohlfahrtsamt) unter Bekanntmachungen im Stadtblatt die „hochwichtige" Nachricht, daß am Sonntag, den 17. d. Mts., die Sanitätskolonne geschlossen an der Feier des 80. Stiftungsfestes des Kriegervereins teilnimmt.

Herr Oberbürgermeister! Wir werden uns gestatten in allernächster Zeit Ihr liebenswürdiges Entgegenkommen in Anspruch zu nehmen. Bitte, keine Ausflüchte!

— **Pfarrer-Salat!** Ein Genosse schreibt uns: Am 11. d. Mts. fühlte ich mich bemüßigt, interessiert wie ich nun einmal bin, den Gemüsemarkt und dessen Preise anzusehen. Während ich feststellte, daß die meisten Verkäufer pro Kopf Salat zwischen 50 bis 80 Mark verkauften, fiel es mir auf, daß ein Mann unentwegt an einem Preis von 200 Mark festhielt. Auf meine Frage, warum er seine Ware nicht billiger verkaufe, und wem diese gehöre, antwortete mir der Mann, daß diese dem Herrn Pfarrer aus Kgl. Neudorf gehöre, und er sie nicht billiger verkaufen dürfe. Selbstverständlich mußte der Mann, ohne seine Ware verkauft zu haben, wieder abziehen, da genügend anderer Salat durch „des Himmels Regen" zum Verkauf angeboten wurde. Der nicht besonders geistreich aussehende Mann mußte es sich noch gefallen lassen, daß einige kräftige Donnerwetter seitens der anwesenden Hausfrauen ihm nachfolgten. Viel Gegenrede konnte der arme Teufel nicht riskieren, sonst wäre er schließlich ohne Salat und ohne Geld zu „Hochwürden" zurückgekommen.

Bezeichnend aber ist es, daß derselbe Pfarrer, der auf seiner Kanzel in einer unschönen Art und Weise Mord und Zeter über die bösen Kommunisten und freiorganisierten Arbeiter schreit, Wucherpreise fordert.

Ja, ja, diese „Stellvertreter Gottes" sorgen schon dafür, daß ihnen das Himmelreich auf Erden erhalten bleibt, da sie höchstwahrscheinlich an das andere Himmelreich, das sie predigen, selbst nicht glauben.

Aus der Partei

Rußlandhilfe

Sämtliche Ortsleitungen und Genossen, welche im Besitz einer vom Reichskomitee der Arbeiterhilfe ausgegebenen Sammelliste sind, zum Zwecke der Unterstützung der von der Arbeiterhilfe gegründeten Kinderheime in Rußland, ersuchen wir, die gesammelten Beiträge und auch die Listen an Oswald Scholz, Breslau 13, Augustastraße 123 (Postscheckkonto 129 77) umgehend einzusenden.

Genossinnen und Genossen! Wo noch nicht gesammelt ist, laßt die Listen sofort zirkulieren und bedenkt, daß es unsere Pflicht ist, für die Unterhaltung der Waisenkinder in den „Karl-Liebknecht-Rosa-Luxemburg-Heimen" zu sorgen.

I. A.: Die Bezirksleitung Schlesien
der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Zschocher. Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Sprechchor der KPD.

Mittwoch, den 20. Juni, abends 7 Uhr, im Schulhaus Kl. Fürstenstraße, im Kinderhortzimmer. Das Deutschlandlied ist aus der Montagszeitung auszuschneiden und mitzubringen.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 30, Tel. Ring 5887, Abends: Alfr. Leißner, Breslau, Trebnitzerstr. 30.

Breslau. Mittwoch, den 20. Juni, abends 6 Uhr, erscheinen sämtliche kommunistischen Radfahrer (innen) zu einer wichtigen Besprechung betreffend Ausflug nach Koberwitz, im Versammlungsraum Nikolaistraße 49-50.
— Mittwoch, den 20. Juni, abends pünktlich 7 Uhr, Sitzung des Ortsbildungsausschusses bei Lohmeyer, [illegible] 35.
— Freitag, den 22. Juni, abends von 6 bis 8 Uhr, empfangen sämtliche Distriktsführer im Parteibüro, Nikolaistraße 49-50, wichtiges Propagandamaterial.
— Distrikt 13. [illegible] 26. Freitag, den 22. 6., abends 7,30 Uhr, Distriktsversammlung. Tagesordnung: „Fraktion und Zelle". Referent Genosse Gläser.
— Distrikt 2. Sonnabend, den 23. Juni, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum Nikolaistraße 49-50, außerordentliche Distriktsversammlung. Referent anwesend. Erscheinen eines jeden Genossen (in) ist Pflicht.
Distrikt 9. Sonnabend, den 23. Juni, abends 8 Uhr, [illegible] 15, außerordentliche Distriktsversammlung. Tagesordnung: „Fraktion und Zelle". Referent anwesend. Pünktliches Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht.
Nieder-Salzbrunn. Mittwoch, den 20. Juni, Vortrag über die Revolution 1848. (Genosse [illegible]).
— Sonntag, den 24. Juni, Ausflug nach Reimsbachtal. Näheres im Heim.
Landeshut. Mittwoch, den 20. Juni, Lieder- und Sprechchor-Abend. Letzte Besprechung zur Sonnenwende.
Waldenburg. Donnerstag, den 21. Juni, [illegible]. Der Heimabend findet in der Stadtbrauerei statt. Die Genossen der Gruppe Altwasser werden gebeten, an dem Heimabend in Waldenburg teilzunehmen.
Groß-Tschansch. Freitag, den 22. Juni 1923, abends 7 Uhr, öffentliche Volks-Versammlung bei Peter, Groß-Tschansch. Thema: Wie bekämpfen wir den Wucher am wirksamsten. — Bildung eines Kontrollausschusses. Referent: Genosse Hamann-Breslau. Es erscheint außerdem ein Korreferent von der VSPD. Die Einberufer.
[illegible]. Freitag, 22. Juni, Vortrag des Genossen Burge: „Unser Kampf gegen den Faschismus." Stellungnahme zur Sonnenwende.
Felshammer. Freitag, den 22. Juni. Vortrag des Genossen [illegible]: „Die Kirche, ein Feind des Proletariats." Gleichzeitig Stellungnahme zur Sonnenwendfeier.
[illegible]. Sonnabend, den 23. Juni, Mitgliederversammlung.

Liebau. Sonnabend, den 23. Juni, Monatsversammlung, anschließend Sonnenwendfeier mit Landeshut [illegible]. Näheres im Heim.
Landeshut. Sonnabend, 23. Juni, Sonnenwendfeier und Nachtmarsch nach [illegible]. Nähere Bekanntmachung im Heim.
Gottesberg. Am Sonntag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im „Schützenhause". Referent [illegible]. Wichtige Tagesordnung, u. a. 1. Kommunalwahlen. 2. Warum müssen wir in den Gewerkschaften bleiben. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Frauen mitbringen.
— Sonntag, den 24. Juni, Ausflug nach Zobten. Näheres im Heim.

KJD Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 67595 Max Gläser.

Heim Luxemburg. Mittwoch, den 20. Juni, abends 7 Uhr, im Schulhaus [illegible] 8-12, Heimabend, Referent anwesend. Gäste sind eingeladen.
Heim Lenin. Donnerstag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Nikolaistraße 49-50, 1 Treppe, Heimabend. Thema: Die Entwicklung der proletarischen Jugendbewegung. Referent: Genosse [illegible]. Gäste willkommen.
Ortsleitung. Freitag, den 22. Juni, abends 7 Uhr, im Jugendbüro, Nikolaistraße 49-50, Ortsleitungssitzung gemeinsam mit den Heimleitern und der Vorbereitungskommission zum Internationalen Jugendtag. Jeder betreffende Genosse (in) hat zu erscheinen.
Dittersbach. Mittwoch, den 20. Juni, abends 5 Uhr, in der Schule Dittersbach, Zusammenkunft sämtlicher Genossen, die zur Zahlstelle 1 Dittersbach gehören. Genossen erscheint restlos.

KKG Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung: Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Breslau. Gruppe Strehlener Tor. Die Kindergruppe trifft sich Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 3.30 Uhr, am Schulhaus, [illegible]. Parteigenossen, Arbeitereltern, schickt eure Kinder.
— Gruppe Ohlauer Tor. Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 5 Uhr, trifft sich die Kindergruppe am Schulhaus [illegible] Straße 8-12. Parteigenossen, Arbeitereltern, schickt eure Kinder.

Gewerkschaften

Liebau. Achtung Textilarbeiter. Donnerstag, den 21. 6., abends 7 Uhr, Textilarbeiterversammlung im grünen Baum. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sowie jeder Genossin, zu erscheinen.

Andere Organisationen

Freireligiöse Gemeinde [illegible]. Mittwoch, den 20. Juni, abends 7 Uhr, im „[illegible]", Vortrag von Dr. [illegible]-Berlin. Thema: „Freidenkertum statt Kirchentum". Freie Aussprache. Zutritt [illegible]

Altmetalle
Alteisen
zahle d. Dollarstand entsprech.
höchste Preise
Händler Vorzugspreise
Metallkeller
Arthur Linke
Lessingstr. 10
Achtung Hausnummer
Ausweis mitbringen

Säcke
kauft zu höchsten Preisen
Friedlich & Co.
Lessingstr. 5
Tele. R. 9017
Filialen:
Lewaldstr. 28
und
Matthiasstr. 69

Bestellt noch heute das kommunistische Fixmalein

Altgummi
Auto- Fahrrad-
Schläuche, Mäntel
kauft
Otto Glück Friedrich-Karl-Str. 5 II.

Altmetalle
jeder Art
sowie Quecksilber
kauft
fortlaufend zu
unüberbietbaren Preisen
Alfred Weiß
Breslau, Scheitnigerstraße 31
Telefon Ohle 2189
Händler Vorzugspreise!

Der Bankerott Deutschlands!
189 Seiten stark. Preis brosch. 2000 Mk.
Deutschland — eine Kolonie?
von Dr. Eugen Pawlowski.
Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor:
1. Wessen Kolonie soll Deutschland werden?
2. Die passive Wirtschaftsbilanz Deutschlands.
3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.
4. Die Reparationsfrage.
5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.
6. Außenpolitische Fragen.
90 Seiten stark. Preis 2500 Mk.
Die Not der Proletarierkinder
Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat der KPD.
20 Seiten stark. Preis 300 Mk.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. / Breslau / Nikolaistraße 49/50.
Abteilung Buchhandlung.

Kaufe
Gold- Silber-
Platin-Bruch
Zahngebisse
Uhren
zu höchsten Tagespreisen
E. Beyer
Blücherstraße 15

Älterer, besserer Herr sucht bei guter Bezahlung
sauber möbliertes Zimmer
für bald oder später. Baldige Offert. bitte unter M. P. 17 in der Expedition dieser Zeitung abzugeben.

Genossen tut Eure Pflicht und verbreitet Euer Partei-Organ!